



Protokoll

Sitzung Vorberatende Kommission des Kantonsrates
über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule
Sargans – 35.13.03

Termin **Montag, 11. November 2013,**
08.30 Uhr – 13.30 Uhr anschliessend Mittagessen

Baudepartement
Generalsekretariat
Lämmlibrunnenstr. 54
9001 St.Gallen

Sitzungsort **Kantonsschule Sargans**
Pizolstrasse 14, 7320 Sargans
Im Zimmer Nr. 6

St.Gallen, 11. November 2013

Vorsitz

- David Imper, Heiligkreuz, Präsident

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

- Roman Brändle, Bütschwil
- Daniel Bühler, Bad Ragaz
- Ernst Dobler, Oberuzwil
- Peter Eggenberger, Rüthi
- Christof Hartmann, Walenstadt
- Eva B. Keller, Uetliburg
- Max Lemmenmeier, St.Gallen
- Christian Spoerlé, Ebnat-Kappel
- Imelda Stadler, Lütisburg
- Yvonne Suter, Rapperswil-Jona
- Jörg Tanner, Sargans
- Beat Tinner, Azmoos
- Joe Walser, Sargans
- Thomas Warzinek, Mels

Weitere Teilnehmende

- Bildungsdepartement, Stefan Kölliker, Regierungspräsident (nur vormittags)
- Baudepartement, Willi Haag, Regierungsrat
- Baudepartement, Werner Binotto, Kantonsbaumeister
- Baudepartement, Thomas Bürkle, Leiter Projektmanagement Baubereich 1
- Bildungsdepartement, Esther Friedli, Generalsekretärin
- Bildungsdepartement, Christoph Mattle, Leiter Amt für Mittelschulen



- Bildungsdepartement, Stephan Wurster, Rektor Kantonsschule Sargans

Protokoll

- Baudepartement, Katharina Schenk, Rechtsabteilung

Unterlagen

- Vorberatende Kommission des Kantonsrates über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans – 35.13.03, Botschaft und Entwurf der Regierung vom 2. Juli 2013
- Vorberatende Kommission des Kantonsrates über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans, Dossier für die vorberatende Kommission des Kantonsrates

Inhalt

1	Begrüssung und Information	3
2	Einführung	4
3	Besichtigung / Führung	14
4	Allgemeine Diskussion	19
5	Spezialdiskussion	23
6	Rückkommen	48
7	Schlussabstimmung	48
8	Varia	48



1 Begrüssung und Information

Der Präsident freut sich sehr, die Sitzung über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans zu eröffnen. Das Geschäft habe eine mehrjährige Vorgeschichte und sei für die Kantonsschule Sargans und deren Einzugsgebiet von zukunftsweisender Bedeutung.

Der Präsident begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen des Baudepartements

- Baudepartement, Willi Haag, Regierungsrat
- Baudepartement, Werner Binotto, Kantonsbaumeister
- Baudepartement, Thomas Bürkle, Leiter Projektmanagement Baubereich 1

Der Präsident erklärt, dass Katharina Schenk das Protokoll führe und bittet die Teilnehmenden in ihrem Namen vor den Voten den Namen zu nennen und ihre Mobiltelefone auszuschalten. Das Protokoll werde elektronisch aufgezeichnet. Er stellt fest, dass gegen die elektronische Aufnahme keine Einwände bestehen.

Der Präsident begrüsst auch folgende Personen des Bildungsdepartements

- Bildungsdepartement, Stefan Kölliker, Regierungspräsident
- Bildungsdepartement, Esther Friedli, Generalsekretärin
- Bildungsdepartement, Christoph Mattle, Leiter Amt für Mittelschulen
- Bildungsdepartement, Stephan Wurster, Rektor Kantonsschule Sargans

Der Präsident dankt insbesondere Regierungspräsident Stefan Kölliker, der trotz seines Gesundheitszustandes an der Sitzung teilnimmt.

Der Präsident führt aus, dass sich die politischen Vorgänger der Anwesenden in den 50- und 60-Jahren für den Standort der Kantonsschule in Sargans entschieden hätten und tausende von Schülerinnen und Schülern hätten seither in dieser Anlage eine wertvolle Ausbildung erhalten, welche ein späteres Studium ermöglicht habe. Sowohl die Schülerzahlen, als auch die Unterrichtsformen und Bauvorschriften hätten sich in der letzten Zeit stark verändert, sodass umfassende Sanierungen nötig seien, die an der heutigen Sitzung und in der November-Session behandelt würden. Die Anwesenden stünden in der Verantwortung, dass diese Kantonsschule auch in den nächsten Jahrzehnten mit einer zeitgemässen Infrastruktur ihren Bildungsauftrag erfüllen könne. Er danke allen, die an der Vorbereitung der Unterlagen mitgearbeitet hätten, dass die Sitzung nun möglich sei. Beratungsgegenstand der Sitzung sei die Botschaft und der Entwurf der Regierung, der Kantonsratsbeschluss über den Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans vom 2. Juli 2013. Weiter hätten die Anwesenden die Broschüre über die Kantonsschulen des Kantons St.Gallen 2014 und das Dossier der Architekten über den Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans erhalten. Zudem habe der Regierungsrat Willi Haag ein Schreiben an die Gemeinde Sargans zugestellt, in welchem er zur Parkplatzproblematik Stellung nehme. Dieses grosse Anliegen der Gemeinde müsse ernst genommen werden und deshalb solle es an der Sitzung thematisiert werden. Diese Diskussion solle unter dem Punkt 2.1 Bauliche Bedürfnisse geführt werden.

Der Präsident stellt fest, dass keine Entschuldigungen von Kommissionsmitgliedern vorlägen. Weiter seien auch keine Mutationen bekannt. Es seien alle Mitglieder der Kommiss-



sion anwesend und es zirkuliere eine Präsenzliste. Die Kommission sei somit beratungs- und beschlussfähig. Die Sitzung beginne mit den Ausführungen des Bildungs- und Baudepartementes, danach gäbe es einen Rundgang durch das Areal und danach folge die allgemeine und die Spezialdiskussion.

Der Präsident weist darauf hin, dass nach Art. 67 des Geschäftsreglementes des Kantonsrats (sGS 131.11; abgekürzt GschKR) das Kommissionsprotokoll bis nach Abschluss der Beratungen des Kantonsrates vertraulich sei.

2 Einführung

Regierungspräsident Stefan Kölliker begrüsst die Anwesenden. Er freue sich, heute zum Bauprojekt über den Teilabbruch und die Erweiterung der Kantonsschule Sargans einige wichtige und grundlegende Ausführungen zu machen. In der Vorlage sei zu erkennen, dass es sich um ein grosses und bedeutendes Bauprojekt handle. Folgend werde dargelegt, weshalb dieses Projekt von grosser Bedeutung sei. Die Ausführungen konzentrierten sich auf die bildungsspezifischen und pädagogischen Aspekte, da der Kollege Willi Haag anschliessend die baulichen Belange der Vorlage näher ausführen würde. Zuerst folgten einige Worte zu den Mittelschulen im Allgemeinen. Diese Ausführungen sollten dazu beitragen, die Notwendigkeit des zur Diskussion stehenden Bauprojektes zu verdeutlichen.

(Folie 2: Die Standorte der sechs staatlichen Mittelschulen)

Folgende Standorte mit der Anzahl der Schülerinnen und Schüler gäbe es im Kanton St.Gallen: KS Burggraben St.Gallen (1262 inkl. Untergymnasium), KS am Brühl St.Gallen (600), KS Heerbrugg (579), KS Sargans (719), KS Wattwil (697), KS Wil (592). Total seien es 4'351 Schülerinnen und Schüler. Die Zahlen würden nach ein paar schwächeren Jahren jetzt wieder anziehen. Insgesamt seien sie aber sehr konstant. Im Jahr 2003 hätten die Mittelschulen 4'332 Schülerinnen und Schüler gehabt, also 19 weniger als heute. Das sei eine Differenz von weniger als einem halben Prozent.

(Folie 3: Zu den Lehrgängen an den Mittelschulen)

An den Mittelschulen würden drei verschiedene Lehrgänge angeboten: das Gymnasium, die Fachmittelschule und die Wirtschaftsmittelschule. In diesen drei Ausbildungstypen beständen jeweils verschiedene Wahlmöglichkeiten. Im Gymnasium hiessen diese Schwerpunktfächer, in der Fachmittelschule nenne man sie Berufsfelder und in der Wirtschaftsmittelschule spräche man ebenfalls von Schwerpunkten.

Die Kantonsschule Sargans führe traditionell alle drei Lehrgänge. Der Kantonsrat habe unlängst beschlossen, dass an den Kantonsschulen Heerbrugg und Wattwil die Wirtschaftsmittelschule nicht mehr geführt würden. Damit sei die KS Sargans die einzige Schule im Kanton, welche alle Lehrgänge anbiete und die Schule mit dem breitesten Angebot. Die Kantonsschule am Burggraben St.Gallen oder die Kantonsschule Wil zum Beispiel seien reine Gymnasien.

In Sargans werde bewusst ein breites Angebot an Mittelschullehrgängen und auch an Schwerpunktfächern und Berufsfeldern angeboten, um den Schülerinnen und Schülern aus dem Einzugsgebiet in der Region zu einer weiterführenden Ausbildung zu verhelfen.



Darüber hinaus übernehme die KS Sargans die Funktion einer Zentrumsschule für den gesamten südlichen Kantonsteil. Einzig die Fachmittelschule mit Berufsfeld Musik und Gestalten würden in Sargans nicht angeboten, weil die gesamtkantonale Nachfrage für zwei Standorte zu klein sei. Wer einen solchen Lehrgang wähle, müsse nach St.Gallen ausweichen. Das seien aber wirklich absolute Einzelfälle.

Bis im Sommer 2005 habe die Kantonsschule Sargans auch ein Lehrerseminar geführt. Dieses sei im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung geschlossen und auf Ebene der Pädagogischen Hochschule verschoben worden.

Das engere Einzugsgebiet der Kantonsschule Sargans umfasse im Wesentlichen das gesamte Gebiet zwischen Buchs und Weesen. Für gewisse Lehrgänge decke die Schule den ganzen südlichen Kantonsteil ab und habe damit Bedeutung bis in die Regionen Rapperswil, Mittelrheintal und auch ins obere Toggenburg. In den nicht-gymnasialen Lehrgängen würden gegen ein Schulgeld auch Schülerinnen und Schüler aus dem Fürstentum Liechtenstein unterrichtet. Die Schule sei also weit über die Grenzen des Wahlkreises Sargans hinaus eine ausserordentlich wichtige Bildungsinstitution.

(Folie 4: Kultur- und Wirtschaftsfaktor KSS)

Unsere Mittelschulen spielten nicht nur als Stätten der Bildungsvermittlung eine wichtige Rolle. Sie seien auch ein wichtiger Kultur- und Wirtschaftsfaktor. Die Kantonsschule Sargans engagiere sich dafür und sei damit ein wichtiger Kulturträger im Sarganserland. Die Kantonsschule Sargans sei auch ein wichtiger Arbeitgeber der Region. Sie könne mit diesen Zahlen problemlos mit den meisten "Unternehmungen" in der Region mithalten. Besonders sei darauf hinzuweisen, dass der überwiegende Teil der Arbeitsplätze dem hochqualifizierten Segment zuzurechnen sei.

(Folie 5: Schulbetrieb an der KSS heute und aktuelle Bedürfnisse)

Wer sich heute während eines normalen Schultages an der Kantonsschule Sargans umsehe, – wie die Anwesenden das später tun würden – werde die Notwendigkeit des Projekts nur schwerlich bestreiten können. Dass die Infrastruktur nicht mehr in allen Teilen den heutigen Ansprüchen entspreche, sei nicht erstaunlich. Die Schule sei nun genau 50 Jahre alt. Da seien gewisse Abnützerserscheinungen normal.

Auch die pädagogischen Konzepte hätten sich in dieser Zeit stark verändert. Heute werde nicht mehr gleich Schule gegeben, wie in den Sechzigerjahren, als der Bau erstellt worden sei. Zu denken sei etwa an die Entwicklung der Informatik seither! Auch in den Lehrgängen selbst würden Anpassungen vorgenommen werden. Mit dem Maturitätsreglement, das seit 1998 zur Anwendung gelange, hätten die Schülerinnen und Schüler mehr Wahlmöglichkeiten als früher und damit auch die Gelegenheit, ihr Ausbildungsprofil zu individualisieren. Daraus ergäbe sich eine grosse Zahl von Fächerkombinationen. Das erhöhe die Komplexität und den Raumbedarf. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Mittelschule sei es, die Jugendlichen auf weiterführende Ausbildungen an Universitäten oder Fachhochschulen vorzubereiten. Dazu sei es erforderlich, dass die Schülerinnen und Schüler an die Arbeitsmethoden herangeführt würden, welche üblich seien. Das gelinge mit der heutigen Infrastruktur nicht in genügendem Mass. Deshalb bestehe baulicher Handlungsbedarf.

Im Botschaftstext fänden sich Beispiele für Anforderungen an einen zeitgemässen Mittelschulbetrieb, welche heute in Sargans nicht in ausreichender Weise erfüllt seien: Laptopklassen, Zweisprachige Maturität, Integrierte Praxisteile, Maturaarbeiten, usw. All dies erfordere Schüler- und Lehrerarbeitsplätze, die Möglichkeit, Unterrichtsräume flexibel zu



vergrössern oder zu verkleinern, zeitgemässe naturwissenschaftliche Einrichtungen und Labors.

(Folie 6: Zur Auslastung der Räume)

Die Eröffnung der Schule im Jahr 1963 habe den Beginn der Dezentralisierung des Mittelschulwesens im Kanton St.Gallen markiert. Dass die Anstalten für eine weitführende Bildung den Weg in die Regionen gefunden hätten, gelte allgemein als Erfolgsgeschichte. Vor diesem Hintergrund sei es aus heutiger Sicht nicht erstaunlich, dass sich das ursprünglich angedachte Konzept, in Sargans lediglich eine "Zweigschule" zu errichten, nicht bewährt habe. Mehrere Ausbauschritte der Schule seien Ausdruck einer Schule, die ihren Platz in der Region längst gefunden habe.

Im aktuellen Schuljahr würden hier 719 Schülerinnen und Schüler in 34 Klassen unterrichtet. Damit seien die Räume mehr als nur gut ausgelastet. Dazu sei dem Kantonsrat vor zwei Jahren ein Bericht über die strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen vorgelegt worden (40.11.02).

Die Raumauslastung an der KSS liege bei über 100% und sei damit mit Abstand die höchste aller Schulen der Sekundarstufe II im Kanton St.Gallen. Aus Sicht des Bau- und des Bildungsdepartements sei eine Raumauslastung von 80% schon als sehr gut zu betrachten. Eine Raumauslastung von über 100% bedeute, dass die Schulzimmer in Sargans von Montag bis Freitag jeden Tag während mehr als 8 Lektionen belegt seien. Darunter würden vor allem die Schülerschaft und die Lehrpersonen leiden, weil sich für sie unbefriedigende Arbeitsbedingungen ergäben. Beispielsweise sei die Mittagspause verkürzt worden, um zusätzliche Lektionen zu platzieren, der Unterricht dauere zuweilen bis über 18.00 Uhr hinaus. Ausserdem würden Zimmer zweckentfremdet bzw. für den Unterricht eigentlich ungeeignete Räume genutzt, um den Schulbetrieb überhaupt gewährleisten zu können. Gar nicht zu reden sei davon, dass seit 1969 ein provisorischer Container als Schulzimmer genutzt werde. Diese Zustände könnten und dürften nicht länger von Dauer sein.

(Folie 7: Zur Entwicklung der Schülerzahl)

Die Zahl der zu führenden Klassen sei der wesentliche Kostentreiber im Mittelschulwesen. Es sei deshalb von besonderem Interesse, dass die Führung von "halbvollen" Klassen vermieden werde. Ziel sei es, zu Beginn der Ausbildung die Klassen möglichst zu füllen. Die Zielgrösse liege 25 Schülerinnen und Schüler. Erfahrungsgemäss nehme die Schülerzahl ja im Verlauf der Ausbildung ab. Um diese Zielgrösse zu erreichen, könne das Bildungsdepartement Schülerumteilungen vornehmen. Die Schülerinnen und Schüler würden dabei mit der Anmeldung zur Aufnahmeprüfung melden, ob sie im Falle einer Umteilung dem Schulstandort den Vorzug geben möchten – und dafür in ein anderes Schwerpunktfach eintreten würden – oder ob sie dem Schwerpunktfach den Vorzug geben – und dafür in Kauf nehmen, an eine andere Schule eingeteilt zu werden. Jedes Jahr träfe es dabei etwa 80 bis 100 Schülerinnen und Schüler. In erster Linie seien das natürlich Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle des Einzugsgebietes zweier Schulen wohnen, z.B. in Buchs, in Rorschach oder in Flawil. Da spiele es keine Rolle, ob sie am Morgen in den Zug einstiegen, der Richtung Wil oder Richtung St.Gallen fahre. Für die vorliegende Diskussion sei dies aber entscheidend. Mit diesen Umteilungen könnten jährlich ungefähr vier Klassen gespart werden. Das seien über die gesamte Ausbildungsdauer Kosten in der Grössenordnung von etwa 8 Millionen Franken, die ohne spürbare Qualitätseinbuße eingespart würden.



In den Grafiken auf der Folie sehe man den Verlauf der Schüler- und der Klassenzahlen an der Kantonsschule Sargans. Seit den letzten 10 Jahren betrage die Schülerzahl an dieser Schule immer ungefähr 700 Schülerinnen und Schüler; Tendenz ganz leicht steigend – und das notabene bei Jahrgängen, bei denen die Geburtenzahl rückläufig gewesen sei. Der Rückgang von 1996 bis 2004 sei in erster Linie auf die Schliessung des Lehrerseminars zurück zu führen.

Die Klassenzahl steige leicht stärker an als die Schülerzahl. Der Grund dafür liege darin, dass die KSS als einzige Mittelschule sämtliche Lehrgänge anbiete. Das könne dazu führen, dass einzelne Klassen – namentlich in der Wirtschaftsmittelschule und im Bereich der Fachmaturität – auch dann geführt würden, wenn die angestrebte optimale Klassengrösse nicht ganz erreicht sei. Dabei sei auch zu beachten, dass die KSS aufgrund ihrer peripheren Lage im Kanton nur wenig Spielraum für Schülerumteilungen an andere Mittelschulen biete, weil für die Schülerinnen und Schüler aus einem grossen Teil des Einzugsgebietes die Zuweisung an einen anderen Schulort nicht in Frage komme, weil sie zu einem unzumutbaren Schulweg führen würde. Im Gymnasium mit breitem Angebot an Schwerpunktfächern sei eine Optimierung der Klassengrösse eher möglich.

Es sei vernünftig davon aus zu gehen, dass sich die Schülerzahl in den nächsten Jahren auf dem heutigen Niveau halten werde. Und auf diese Grösse sei der Bau ausgelegt: ca. 720 Schülerinnen und Schüler und 34 Klassen. Dabei habe man sich an die Prognosen des Bundesamtes für Statistik gehalten, was die erwartete Geburtenentwicklung und auch die Maturitätsquote angehe und sei dabei vom jeweils realistischen Szenario "mittel" ausgegangen. Diese Werte deckten sich mit jenen aus dem Schulraumplanungsbericht von 2011.

Die Frage, wie viele Schülerinnen und Schüler künftig eine Mittelschule besuchen würden, sei eine Frage, wie sich einerseits die Geburtenzahlen bzw. die Bevölkerung und andererseits die Maturitätsquote entwickeln würden.

Die Bevölkerungsprognosen des Bundesamtes für Statistik gingen davon aus, dass die Zahl der 15-jährigen, d.h. der Bevölkerungsgruppe, die zum Eintritt in die Mittelschule anstehe, im Kanton St.Gallen bis ins Jahr 2016 relativ stark und dann bis ins Jahr 2020 leicht rückläufig sein werde. Trotzdem hätten wir zurzeit steigende Eintrittszahlen. Ab 2020 werde sich das stabilisieren und in den Folgejahren wieder leicht ansteigen. Regionale Prognosen seien nicht verfügbar. Weil es keine anderen Anzeichen gäbe, sei davon auszugehen, dass die allgemeinen Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Bevölkerungsveränderung im Südteil des Kantons parallel zur gesamtkantonalen Tendenz verliefen. Wie sich die Bevölkerungs- und namentlich die Geburtenzahl im Einzugsgebiet der KSS langfristig, d.h. über 20 bis 30 Jahre entwickeln werde, sei mit wissenschaftlich haltbaren Methoden heute nicht zuverlässig vorausszusagen.

(Folie 8: Zur Maturitätsquote im Kanton St.Gallen)

Auch immer wieder ein Thema sei, wie es um die Maturitätsquote im Kanton St.Gallen stehe. In der Botschaft gäbe es dazu ein paar Aussagen (Botschaft, Seite 8 und 9). Es sei weiterhin so, dass die gymnasiale Maturitätsquote im Kanton St.Gallen eine der tiefsten der Schweiz sei. Das Bundesamt für Statistik gehe davon aus, dass gesamtschweizerisch die gymnasiale Maturitätsquote in den nächsten Jahren ungefähr 2% ansteigen werde. Es sei nicht realistisch, dass sich der St.Gallische Wert nun in Kürze dem Schweizerischen Mittel angleiche, aber eine moderate Zunahme sei sicher möglich, ohne dass man um Qualitätsniveau fürchten müsse. Es sei davon aus zu gehen, dass die gymnasiale Maturitätsquote im Kanton St.Gallen in den nächsten Jahren leicht steigen werde. Ein wesentli-



cher Grund dafür sei, dass auch die Zahl der Ausbildungen, für welche ein Mittelschulabschluss die Voraussetzung sei, zunehme.

Es sei richtig, von der jetzigen Schüler- und der jetzigen Klassenzahl auszugehen. Mit rund 720 Schülerinnen und Schülern und 34 Klassen werde eine pädagogisch, betrieblich und finanziell vernünftige durchschnittliche Klassengrösse von etwas mehr als 21 Schülerinnen und Schüler erreicht. Auf 34 Klassen sei das Bauprojekt ausgelegt. Und die Klassenzahl determiniere den Raumbedarf deutlich stärker als die Schülerzahl, zumal es ein Ziel bleibe, ein breites Spektrum an Lehrgängen an zu bieten.

Das Raumprogramm sei in enger Zusammenarbeit mit dem Baudepartement mit grösster Seriosität ausgearbeitet worden und dabei habe man sich viele kritische Fragen gestellt. Der Bedarf, wie er sich in dieser Vorlage darstelle, sei in jeder Hinsicht ausgewiesen.

(Folie 9: Zusammenfassung)

Regierungspräsident Stefan Kölliker fasst zusammen, dass der Teilabbruch und die Erweiterung der Kantonsschule Sargans ein wichtiges und dringliches Anliegen sei, weil die Schule heute zu klein sei, das Gebäude sanierungsbedürftig sei und die Infrastruktur den Ansprüchen an einen modernen Mittelschulunterricht nicht mehr genüge.

Es habe einige Zeit gekostet, bis man eine Bauvorlage habe vorlegen können. Dafür sei es nun eine überzeugende Vorlage, und zwar sowohl pädagogisch, baulich als auch finanziell.

Regierungspräsident Stefan Kölliker bittet die Anwesenden, auf das Geschäft ein zu treten und dem Antrag der Regierung zu zustimmen und dankt für die Aufmerksamkeit.

Der Präsident dankt dem Regierungspräsidenten für seine Ausführungen und erteilt das Wort Regierungsrat Willi Haag.

Regierungsrat Willi Haag begrüsst die Anwesenden. Er freue sich, heute gemeinsam mit seinem Kollegen Stefan Kölliker die Bauvorlage über den Teilabbruch und Erweiterungsbau der Kantonsschule Sargans vorzustellen. Stefan Kölliker sei bereits auf die Kantonsschule Sargans, die Geschichte, die Organisation, die Aufgabe und das Angebot eingegangen. Es verbleibe die Aufgabe, den baulichen Bedarf, das eigentliche Bauprojekt, die Kosten und das weitere Vorgehen vorzustellen.

(Folie 2: Ausgangslage / Baugeschichte)

Die Kantonsschule Sargans sei in drei Bauetappen realisiert worden: Der Westtrakt sei im Jahr 1963 gebaut worden und beinhalte heute die Aula mit Bühne, die Turnhalle sowie einen zwei geschossigen Klassentrakt.

Das erste Erweiterungsprojekt sei im Jahr 1969 in Betrieb genommen worden und beinhalte eine Vergrösserung der Aula nach Norden, den heutigen Nordtrakt mit den Spezialklassenzimmer, vor allem für die Naturwissenschaften, sowie eine Erweiterung des bestehenden zweigeschossigen Klassentrakts gegen Süden.

Die Schulanlage sei schliesslich im Jahr 1992 durch einen Anbau im Osttrakt entlang der Pizolstrasse nochmals erweitert worden. Dieser Bauabschnitt habe den Bau von weiteren Normal- und Spezialklassenzimmern, Zimmer für den Musikunterricht, die Bibliothek, das Gewächshaus sowie die Sternwarte auf dem Dach des Nordtrakts umfasst.

(Folie 3: bauliche Bedürfnisse)



Der aktuelle Bauzustand und das Raumangebot an der KSS könnten den betrieblichen Ansprüchen und Anforderungen an eine Kantonsschule heute nicht mehr entsprechen. Die älteren Gebäudeteile der KSS seien seit rund 50 Jahren in Betrieb und sanierungsbedürftig.

So sei der Nachweis der Tragsicherheit im Erdbebenlastfall nach den neuesten Normen nicht mehr gegeben. Die heutigen gültigen Normen sähen bei einem ungenügenden Erfüllungsfaktor auch für bestehende Bauten eine verhältnismässige Ertüchtigung vor. Zur Erreichung der minimalen Erdbebensicherheit seien in und an den Gebäuden verschiedene aufwändige bauliche und auch kostspielige Massnahmen zwingend erforderlich.

Auch die Wärmedämmung am Gebäude entspreche nicht mehr dem gängigen Standard und habe heute entsprechend hohe Energiekosten zur Folge. Ebenso seien an den Fassaden und Flachdächern umfassende Sanierungsarbeiten vor zu nehmen.

Die Haustechnik und die Betriebseinrichtungen hätten die technische Lebensdauer erreicht und es sei zunehmend schwierig, Ersatzteile zu beschaffen. Im Sommer herrsche in den sonnenexponierten Unterrichtsräumen ein Raumklima, welches ein effizientes Lernen und Arbeiten behindere.

Grössere Sanierungen seien in den Spezialzimmern für Naturwissenschaften im Nordtrakt erforderlich, vor allem in den Laborzimmern. Bei verschiedenen Kontrollen und Inspektionen bezüglich Arbeitssicherheit sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass diese Räume die heutigen Anforderungen nicht mehr erfüllen würden.

Aufgrund der Entstehungsgeschichte in verschiedenen Bauetappen weise die KSS heute unterschiedliche Etagenniveaus auf. Die Anlage sei damit für Behinderte nur schwer zugänglich. Um das Gebäude behindertengerecht zu gestalten, seien umfangreiche bauliche Massnahmen notwendig.

Seit der ersten Umbauphase im Jahr 1969 sei an der KSS ein Provisorium in Gebrauch. Die Substanz dieses Pavillons mit zwei Unterrichtszimmern sei in einem schlechten baulichen Zustand, verursache hohe Betriebskosten und müsse dringend ersetzt werden. Schadstoffanalysen und Raumluftmessungen hätten bestätigt, dass heute im Provisorium Schadstoffe vorhanden seien. Deren Konzentration stelle aber den laufenden Schulbetrieb nicht in Frage. Durch den Wegfall des Pavillons fehlten künftig zwei Unterrichtszimmer, die durch neue Räume ersetzt werden müssten. Aufgrund der knappen Platzverhältnisse seien auch der Informatik-Support und ein Sitzungszimmer in einen provisorischen Container ausgelagert worden. Diese Provisorien könnten die gestellten Anforderungen nicht erfüllen, sie dienten aber dazu, dass der Schulbetrieb bis auf Weiteres gesichert werden kann.

Verschiedene Unterrichtsräume für Instrumentalunterricht und für Werken und Modellieren befänden sich heute im ehemaligen Bauernhaus vis-à-vis der Schule. Der Zustand und die Infrastruktur dieser Räume seien für den Unterricht nicht geeignet.

Auch die Mensa-Küche sei baulich in einem sehr schlechten Zustand und entspreche in vielen Belangen nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften. Eine Sanierung sei zwingend notwendig. Der Betrieb werde von der Lebensmittelkontrolle seit Jahren nur noch mit Vorbehalt geduldet.

Bei grösseren Anlässen würden die Veranstalter in der Aula immer wieder an Grenzen hinsichtlich Kapazität, Technik oder Sicherheit stossen. Die vorhandenen Fluchtwege genügten den Vorgaben der Feuerpolizei nicht. Dies führe immer wieder zu unerwünschten Einschränkungen bei Grossproduktionen und erschwere eine optimale Nutzung der Aula. Auch hier dränge sich eine Totalsanierung auf, mit der die Aula auf den nötigen Ausbaustandard für einen multifunktionalen Saal gebracht werden könne.



(Folie 4: Wettbewerb 2007)

Nach umfangreichen Abklärungen und Machbarkeitsstudien sei im Jahr 2007 ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben worden, der Ideen und Vorschläge für die Sanierung und Erweiterung der KSS hervorbringen sollte.

Aus dem Architekturwettbewerb sei das Projekt des Architekturbüros Egli Rohr Partner AG Architekten BSA/SIA aus Baden/ Dättwil als Siegerprojekt hervorgegangen. Es sei den Verfassern gelungen, ihr klares Konzept von der städtebaulichen Situierung über die Grundrisse bis hin zur Fassadengestaltung in ein eigenständiges, präzise ausgearbeitetes Projekt um zu setzen. Die Transformation der Kantonsschule von einem mehrflügeligen, raumgreifenden Volumen in einen rechteckigen Hofbau sei auf überzeugende Weise gelungen. Die neue Schulanlage wirke trotz integriertem Altbau ganzheitlich und grosszügig.

(Folie 5: Bauprojekt 2010 – Neues reduziertes Bauprojekt 2013)

Auf der Grundlage des Siegerprojekts sei bis Herbst 2010 ein konkretes Bauprojekt mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet worden. Das Projekt habe Kosten in der Höhe von rund 58,2 Millionen Franken vorgesehen. Unter Aufrechnung der Teuerung hätten sich die Kosten gesamthaft auf über 60 Millionen Franken belaufen.

Insbesondere diese hohen Realisierungskosten hätten das Baudepartement in Absprache mit dem Bildungsdepartement damals veranlasst, die Projektierungsarbeiten zu stoppen und das Bauprojekt 2010 mit dem Nutzer nochmals grundsätzlich kritisch zu hinterfragen. Dabei seien insbesondere der Umgang mit der bestehenden Bausubstanz sowie der Raumbedarf im Detail überprüft worden. Dies sei eine Grundsatzfrage bei allen Bauprojekten, beispielsweise auch in Salez oder bei den Spitalbauten. Es gehe um ein situatives Abwägen, wo noch Wert vorhanden sei, der wieder genutzt werden könne. Es gäbe kein "richtig" oder "falsch", sondern es sei die kostengünstigste Variante zu finden, die den Zweck erfülle.

Zur Kostenreduktion seien aufgrund der Überprüfung folgende konkreten Einsparmassnahmen ergriffen worden: 1. Bei den weiterhin zu nutzenden Gebäudeteilen aus den Jahren 1969 und 1992 würden die notwendigen Erdbebenertüchtigungsmassnahmen neu ausserhalb des Gebäudes realisiert. Dies führe zu wesentlich kleineren Eingriffen und baulichen Veränderungen in der Gebäudesubstanz mit entsprechend geringeren Kostenfolgen. 2. Das ursprüngliche Raumprogramm sei in Zusammenarbeit mit dem Nutzer nochmals redimensioniert und optimiert worden. Die Geschossfläche der Gesamtanlage sei dabei um rund 11% auf 12'238 m² und das Gebäudevolumen um rund 7% auf 50'619 m³ gesunken.

Als Vergleichsobjekt hinsichtlich Festlegung des Hauptnutzflächenbedarfs pro Schüler sei dabei die Kantonsschule Wil herangezogen worden, die für eine Kantonsschule – auch im interkantonalen Vergleich – ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausweise. Entsprechend sei dem überarbeiteten Bauprojekt zum Teilabbruch und Erweiterung der KSS lediglich noch ein Hauptnutzflächenbedarf pro Schüler von rund 10 m² zu Grunde gelegt worden. 3. Der Technisierungsgrad im Bereich Haustechnik sei gegenüber dem ursprünglichen Bauprojekt massgeblich vereinfacht worden. So werde unter anderem auf eine mechanische Lüftung (und Kühlung) der Normalunterrichtszimmer verzichtet. Im Resultat hätten die Projektkosten dank den skizzierten Einsparmassnahmen um rund 10 Millionen Franken reduziert werden können. Früher sei es so gewesen, dass der Nutzer gesagt habe, was er brauche und das Baudepartement habe festgelegt, wie man ein Projekt umsetze und in welcher Zeit und zu welchen Kosten. Seit ungefähr zwei Jahren sei nun ein Postulat aus dem Parlament hängig, welches das Baudepartement verpflichte, dass bei



sämtlichen Bauten mit den Nutzern zuerst dieser "Flächen-Standard" definiere und die Baukosten optimieren. Im Klartest bedeute dies, dass das Baudepartement bereits vor Beginn die ersten internen Auseinandersetzungen habe. Obwohl das Postulat noch nicht besprochen worden sei, werde es bereits direkt angewendet.

(Folie 6: Bestandteile der neuen KSS)

Teile des bestehenden Gebäudes würden abgebrochen. Im verbleibenden Nord- und Osttrakt seien neben den erforderlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Erdbebensicherheit lediglich kleinere An-, Um- und Rückbauarbeiten und keine grösseren baulichen Eingriffe vorgesehen.

Das eigentliche Neubauvorhaben gliedere sich in drei Bereiche: einen dreigeschossigen Bereich im Nordwesten, einen zweigeschossigen Westtrakt sowie einen dreigeschossigen Südtrakt. Auf ein Untergeschoss werde aus Kostengründen gesamthaft verzichtet.

Die Haupterschliessung der KSS erfolge nach wie vor über den Innenhof. Die beiden Haupttreppenanlagen im Westtrakt, eine zusätzliche Treppenanlage im Neubau Süd sowie die bestehende Treppenanlage im Osttrakt ermöglichen eine optimale Erschliessung der gesamten Schulanlage. Durchgehende Erschliessungskorridore würden in den Obergeschossen kurze Verbindungswege und einen optimalen Betrieb bieten.

Zu den Bereichen Energie und Ökologie sowie Nachhaltigkeit und Low-Tech werde Herr Binotto weitere Details liefern.

(Folie 7: Baukosten und Kreditbedarf)

Die Anlagekosten für den Teilabbruch und Erweiterungsbau der Kantonsschule Sargans beliefen sich auf 49.9 Millionen Franken und umfassten den eigentlichen Neubau sowie die Massnahmen im Bestand (genaue Ausführungen siehe Folien). Die Kosten basierten auf dem Indexstand vom 1. Oktober 2012. Der Kantonsratsbeschluss unterstehe dem obligatorischen Finanzreferendum. Es werde also eine Volksabstimmung geben.

(Folie 8: Weiteres Vorgehen)

Aus heutiger Sicht sei von folgendem Zeitplan aus zu gehen: 1. Lesung im Kantonsrat Novembersession 2013, 2. Lesung im Kantonsrat Februarsession 2014, Volksabstimmung Herbst 2014, Voraussichtlicher Baubeginn Frühling 2016, Voraussichtliches Bauen- de Frühling 2018, Inbetriebnahme Ende 2018.

Mit der nun zur Beschlussfassung unterbreiteten Bauvorlage werde der anstehende bauliche Erneuerungsbedarf, die betrieblichen Probleme sowie die fehlenden Räumlichkeiten für einen zeitgemässen Unterricht gelöst. Der Kantonsschule Sargans werde ein angemessenes Gebäude zur Verfügung gestellt.

Regierungsrat Willi Haag beantragt das Eintreten auf die Vorlage.

Der Präsident dankt Regierungsrat Haag für seine Ausführungen und erteilt das Wort Werner Binotto.

Werner Binotto erklärt, dass er nach den Ausführungen von Willi Haag auf das Energiekonzept bzw. auf die Haustechnik und die Nachhaltigkeit eingehe.

(Folie 2: Energiekonzept Kanton St.Gallen)



Das Konzept des Gebäudes basiere auf dem Hauptziel des St.Galler Energiekonzeptes von 2007. Dieses besage, dass eine Erhöhung der Energieeffizienz und weniger Energieverbrauch sowie eine Verdopplung der erneuerbaren Energien erreicht werden solle. Dieses Konzept sei verabschiedet worden und nun grundlegend für alle Gebäude, die der Kanton erstelle.

(Folie 3: 2000-Watt-Gesellschaft)

Zurzeit werde am SIA Effizienzpfad Energie gearbeitet. Dieser baue auf der Idee auf, dass im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft die Primärenergien und der CO₂-Ausstoss massiv reduziert werden müssten. Das Jahr 2050 sei dabei ein Etappenziel. Die 2000-Watt-Gesellschaft sei im Energiekonzept der Kantonsschule Sargans erwähnt. Das Etappenziel sehe vor, dass der Energieverbrauch um die Hälfte reduziert werde bzw. im Jahr 2150 nur noch 2000 Watt pro Quadratmeter, Mensch und Jahr verbrauchen würden. 2050 sei immer sehr weit entfernt, doch müsse man sich im Klaren sein, dass das Gebäude, welches vorliegend besprochen werde, im Jahr 2050 in Betrieb sein werde und somit dann dem Etappenziel entsprechen werde. Es werde also auf diesem SIA Effizienzpfad Energie balanciert. Dieser Pfad sei nicht mehr einfach ein Label, wobei er auch kein Label ausschliesse, sondern es würden Grundlagen definiert, wie man die Primärenergie in den Griff bekomme und die Treibhausgase reduzieren könne. Die Zielwerte aus dem Merkblatt 2040 (auf den Folien dunkel dargestellt) sollten möglichst erreicht werden. Mit dem vorliegenden Projekt würden diese Werte in einer ersten Phase nicht erreicht, vor allem bei den Treibhausgasen sei man massiv daneben. Dazu sei anzumerken, dass die Treibhausgase vor allem eine Herausforderungen seien.

(Folie 4: SIA-Effizienzpfad Energie)

Auf dem Dach werde eine Photovoltaik-Anlage installiert. Damit erreiche man die Zielwerte gut, im Bereich der Primärenergien sogar sehr gut. Der Hauptgrund dafür sei, dass der Energieträger Holz verwendet werde, weil das Gebäude am Wärmeverbund Mels angeschlossen werde. Weiter aufgrund der Solarstromanlage, die sich neben der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach befinden werden. Damit werde der Warmwasserbedarf in der Küche gedeckt.

(Folie 5: Erfahrungen kantonaler Gebäude im Bereich Haustechnik)

Der zweite wesentliche Teil im Hauskonzept sei, dass eine Abwendung von den hochtechnisierten Gebäuden stattfände. Auf den Folien sei eine Decke von der Kantonsschule Oberer Graben zu erkennen, dort sehe man, die immense, nicht sichtbare, Technik, die sich in diesen Gebäuden befinde. Man wisse aber in der Zwischenzeit, dass diese Technik sehr unterhaltsintensiv sei und eine verhältnismässig kurze Lebensdauer habe. Aufgrund dieser Erkenntnisse habe man sich in Sargans für eine alternative Lösung entschieden. Auf den Folien sei ein Klassenzimmer sichtbar, dass keine mechanische Lüftung mehr habe, sondern wieder natürlich entlüftet werden.

Die Problematik sei, dass es in den Aussenräumen extrem tiefe Temperaturen geben könne im Winter, also bis -20 Grad und im Schnitt 10 Grad. Man müsse den Nutzern die Möglichkeit geben, mit möglichst einfachen Mitteln nachhaltig lüften zu können. Ein weiterer Punkt in Sargans sei der Föhn. Es gäbe Rollläden, die bei starkem Wind automatisch nach oben fahren. Im vorliegenden Projekt solle dem Fenster ein Element vor-



gehängt werden, der Lüftungsflügel, welcher auch in der Fassade sichtbar sei. Es handle sich dabei um eine Art Lamellenkonstruktion, die erlaube, dass das Fenster einfach offen gelassen werde, unabhängig von Sturm oder Regen. Damit solle erreicht werden, dass die Nutzer auf eine einfache Weise lüften könnten. Die Abluft erfolge über eine doppelte Innenwand, die Kanäle habe und mit einem Schieber von Hand reguliert werden könne. Sie lasse sich einfach öffnen oder verschliessen und so die Zirkulation steuern. Es sei also dem Nutzer überlassen, welches Klima er in diesem Gebäude habe.

Ganz wesentlich sei, dass es bei diesem Gebäude keine Automation mehr gäbe, wie man sie heute kenne. Es gäbe kein Bussystem und keine MRL Anlage, sondern es werde darauf aufgebaut, dass die Leute wieder selbst die Räume definierten. Die Ausnahme in diesem Projekt seien die Küche, die Mensa und der Saal. Dort werde es eine Lüftung geben, die im Einzelfall gesteuert werden könne. Bei der Küche sei der Grund, dass entsprechende Emissionen und auch Vorschriften gegeben seien. In der Mensa, weil man eine hohe Belegungszahl und Emissionen habe, ebenso in der Aula.

Ein weiterer Punkt sei die Entkoppelung von Primär- und Sekundärstruktur, damit die Gebäude möglichst lange betrieben werden könnten, also die Primärstrukturen. Die Sekundärstrukturen, wie Fenster, die häufiger ersetzt werden müssten, sollten möglichst leicht entfernt werden können.

In Bezug auf die erneuerbaren Energien beachte man das Gebot des Energiekonzepts mit der Erstellung der Photovoltaik-Anlage und den Solar-Teilen, die für das Warmwasser installiert würden. Vor allem aber auch mit dem Verbund in Mels, bei welchem man sich anschliesse.

(Folie 6: Umsetzung Nachhaltigkeit)

Bei Haustechnik werde so wenig, wie möglich eingebaut, also sog. Low-Tec. Ein weiterer Punkt sei die natürliche Beschattung und die Reduktion der Fensterflächen. In Salez sei man, bezogen auf die Aussenhaut, bei 18% Fensterfläche. In Sargans sei man ein wenig höher, da man auch noch bestehende Gebäude habe, aber man reduziere bewusst und radikal die Fensterflächen. Denn diese sei teuer, intensiv im Unterhalt und zwangsläufig kurzlebig. Es gäbe dazu sehr gute Untersuchungen, die teilweise das Baudepartement gemacht habe, aber auch vom Land Bayern, welche besagen, dass Ganz-Glas-Fassaden einen 30% höheren Unterhalt und Erneuerungsbedarf haben, als konventionelle Fenster. Die natürliche Beschattung sei auf dem Situationsplan zu erkennen. Man wolle gegen Süden und teilweise gegen Westen mit einer Bepflanzung von hochstehenden Bäumen eine natürliche Beschattung der Fassade erzielen. Das schaffe eine günstige Ausgangslage für kühlere Räume bzw. der Aussenraum werde gekühlt. Schliesslich liesse sich nicht ausschliessen, dass Ende August oder Anfangs September eine Überhitzung stattfindet, aber gemeinsam mit den Nutzern sollte man diese Probleme in den Griff bekommen. Dies seien in Kürze alle Ausführungen und es werde beim Rundgang sicher die Möglichkeit geben, Fragen zu beantworten.

Der Präsident dankt für den Vortrag und verweist die Fragen auf die Spezialdiskussion. Er schlägt vor, dass man sich nun auf den Rundgang begäbe und das Objekt genau anschau.

Stephan Wurster weist darauf hin, dass gerade Pause sei und die Führung deshalb in der Aula beginne.



3 Besichtigung / Führung

Aula (Gebäude 1963)

Thomas Bürkle erklärt, dass man nicht sehe, dass das Gebäude erdbebenmässig relativ grosse Probleme habe. Aufgrund der Lastabtragung in das Erdreich ergäben sich unglaubliche Probleme. Ein weiterer Punkt sei, dass für die Statik des Gebäudes Pfähle verwendet worden seien, die heute nicht mehr zu gebrauchen seien, da sie die Traglast nicht zu halten vermögen. Die Erdbebensicherheit sei damit ein Hauptproblem bei diesem Gebäude.

Stephan Wurster weist auf die Jahresvorführung hin, die anlässlich der 50-Jahr Feier der Kantonsschule stattfindet. Während zweier Wochen würden praktisch jeden Tag Theater aus der Region aufgeführt werden. In dieser Aula fänden regelmässig Projekte statt, an welchen 300 bis 400 Zuschauer teilnahmen. Die Gemeinde werde sicher auch gerne wieder Gast sein, wenn dann die Technik mal wieder funktioniere. Die Technik sei nicht mehr voll ersetzt worden, weshalb sie nicht einwandfrei funktioniere.

Walser-Sargans erkundigt sich nach der Grösse der Aula. Diese werde ja nach dem Umbau einen Stock nach oben versetzt und ob sie in einem ähnlichen Volumen geplant sei und ob es auch eine Bühne geben werden. Die Orgel werde vermutlich gezügelt.

Thomas Bürkle beantwortet alle Fragen mit Zustimmung.

Walser-Sargans fragt nach, wieso die Aula einen Stock nach oben verschoben werde.

Thomas Bürkle erklärt, dass die grossen Räumlichkeiten grosse Spannweiten hätten und wenn man über diesen grossen Spannweiten kleinere Räume, wie Klassenzimmer, baue, würden sich statische Probleme ergeben. Gerade heute im Hinblick auf die Erdbebensicherheit sei die Lastabtragung wesentlich. Man verlege die grossen Räume nach oben, damit die Aula dann über der Mensa liege, da diese beiden Räume viel ähnliche Struktur hätten. Weiter sei es auch sinnvoll im Hinblick auf die Haustechnik und Abläufe. Es sei bautechnisch optimal, wenn man die Aula so platzieren könne.

Walser-Sargans weist darauf hin, dass es für den Zugang einfacher wäre, wenn man bei einem Grossanlass nicht nach oben steigen müsste.

Thomas Bürkle erwidert, dass man nachher sehr grosszügige Treppenanlagen habe und die Aula auch mit dem Lift gut erschlossen sei.

Werner Binotto ergänzt, dass es bei traditionellen Gebäuden beobachten kann, dass diese Anordnung nicht unüblich sei, so etwas beim Stadttheater oder bei der Tonhalle. Das berühmteste Beispiel sei der Ratssaal in Augsburg, welcher genau das diesem Verfahren erstellt worden sei, nämlich möglichst alles kleine unten und oben die grossen Räume. Statisch sei dies die einfachste und logischste Lösung. Es sei sehr gut machbar, dass man von unten aus dem Foyer in den Festsaal nach oben steige, insbesondere auch weil die relevanten Erschliessungen mit Treppen und Lift gegeben seien.

Walser-Sargans fragt nach, ob die Aula Platz für 400 Personen biete.

Thomas Bürkle antwortet, dass sich die Grösse nicht ändere.



(vor der Aula)

Thomas Bürkle weist auf das Problem der Wärmedämmung hin. Mit dem neuen Projekt werde man Werte erreichen, die Labels wie Minergie sogar noch um 20 bis 30% unterschreiten. Damit könne man die Nachhaltigkeitsziele der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen.

(vor dem Provisorium von 1969)

Thomas Bürkle weist auf das Provisorium von 1969 hin. Damit seien verschiedene Probleme verbunden. Es sei energetisch sehr schwach, da es keine Aussenisolation habe und weiter sei auch Asbest verwendet worden bei Bau. Die Anlage sei nicht dicht, weshalb man für die verbleibenden Jahre neue Fenster einbauen musste. Die Räume wären eigentlich angenehm von der Raumhöhe her, aber sobald die Sonne käme, werde es sehr heiss und im Winter sehr kalt.

Diese Baracke werde nach dem Neubau abgerissen. Mit dem Neubau werde 25% mehr Hauptnutzfläche erstellt, was einer Fläche von knapp 2'000m² entspreche. Das sei nötig, damit man flächenmässig mit den anderen Kantonsschulen mithalten könne. Es entspreche einer Fläche von 10m² pro Schüler. Dies ergäbe die zwingend benötigte Mehrfläche.

(in der alten Turnhalle)

Stephan Wurster erklärt, dass die alte Turnhalle heute als Prüfungsraum genutzt werden. Sie werde nicht mehr als Turnhalle verwendet, da dies zu hohe Kosten verursache und man eine neue Turnhalle erstellt habe. Der Raum sei vor allem im Winter relativ kühl, aber bei den Prüfungen funktioniere das trotzdem gut. In den anderen Räumen sässen die Schüler bei Prüfungen sehr nahe zusammen, deshalb seien die Lehrpersonen sehr froh, wenn die Prüfungen in diesem grossen Raum geschrieben werden können.

(Schulzimmer für Gestaltung)

Stephan Wurster zeigt den Raum und erklärt, dass hier nur schon für die Materiallagerung relativ viel Platz benötigt werde. Gegenüber befänden sich noch alte Musikboxen für den Instrumentalunterricht, wobei diese in der Zwischenzeit praktisch nicht mehr genutzt werden, da mit der Reduktion des Seminars auch der Musikunterricht reduziert worden sei. Es würden nicht alle Musikboxen benötigt und deshalb teilweise als Materiallager genutzt.

Die Zimmer seien alle vor rund zehn Jahren gestrichen worden, damit das Schulhaus einigermaßen anständig aussehe und dies sei auch gelungen. Es sei für das Verhalten und die Kultur des Schulhauses wichtig, dass es einen gepflegten Eindruck mache, aber wenn die schöne Fassade täusche über den schlechten Zustand hinweg.

(Schulzimmer für Geschichte und Geographie)

Stephan Wurster weist darauf hin, dass es sich bei dem Raum eigentlich um ein Zimmer für den Gestaltungsunterricht handle, es werde aber auch als Unterrichtszimmer für Geschichte und Geographie verwendet.

(Normales Schulzimmer)

Stephan Wurster stellt die Klasse vor. Es befänden sich nun 20 Schülerinnen und Schüler in diesem Zimmer. Mit 24 Schülern würde dieses Zimmer wirklich voll sein.

(Schulzimmer und Labor für Chemie)



Stephan Wurster erklärt, dass es sich noch um die alte Bauweise handle, bei welcher die Chemiezimmer treppenförmig angeordnet seien. Früher sei das Mode gewesen, heute sei es eher störend, wenn man beispielsweise Gruppenarbeiten machen möchte. Das Labor diene auch als Materiallager und Vorbereitungszimmer für die Chemielehrer. Es sei sehr eng.

Thomas Bürkle weist darauf hin, dass sich die Laborzimmer in sehr schlechtem Zustand befänden. Im Neubau werde dieser Flügel erweitert und Labors würden weiter hinten gebaut, damit die fehlenden Schulzimmer für Naturwissenschaften an dieser Stelle realisiert werden könnten. Damit könnten alle Räume für die Naturwissenschaften auf einer Ebene angeordnet werden, was vor allem auch für den Materialtransport sehr sinnvoll und wichtig sei. Es sei nur eine Pinselsanierung vorgesehen in diesem Gebäudeteil und an der Aussenfassade würden die Erdbebenmassnahmen ergriffen.

Walser-Sargans erkundigt sich nach der Wärmedämmung in diesem Gebäudeteil. Der neue Teil werde ja gute Werte erzielen, während in diesem Teil einfach nach draussen geheizt würde.

Werner Binotto erklärt, dass verbessert würde, was man verbessern könne, aber grundsätzlich bestehe hier tatsächlich eine schlechte Wärmedämmung, aber deshalb stütze man sich auf den SIA Effizienzpfad. Wenn man das Gebäude nach Minergie-Standard bauen würde, müsste man es flächendeckend sanieren. Man gehe aber davon aus, dass der vorliegende Gebäudeteil nicht bis 2050 stehen werde. Es mache deshalb keinen Sinn hier so viel Geld zu investieren. Damit trotzdem ein guter Wert erzielt werden könne, werde mit der Holzsnitzelheizung, der Photovoltaik-Anlage und der Solarenergie diese schlechte Dämmung vorübergehend aufgefangen. Im Gesamten sei eine sehr gute Bilanz gegeben.

Walser-Sargans fragt nach, ob beim ersten Projekt vorgesehen gewesen sei, auch diesen Teil abzubrechen.

Werner Binotto bejaht diese Frage. Das erste Projekt sei einerseits grösser gewesen und andererseits hätte man auch wirklich alles abgerissen und hätte dadurch die optimaleren Betriebsabläufe generieren können. Es sei auch die Fläche reduziert worden, wie es aus der Zusammenstellung auf den Folien ersichtlich sei.

Thomas Bürkle ergänzt, dass diese Räume eigentlich alle zu klein seien, aber die Alternative zum jetzigen Projekt wäre nur Abbruch und dann sei man mit den Kosten wieder über 60 Millionen Franken. Man müsste umfassend in das Gebäude eingreifen, wenn man das würde ändern wollen. Das jetzige Projekt sei aber auch gut, auch könne der Brandschutz gewährleistet werden und so könnten die Kosten im Rahmen gehalten werden.

Stephan Würsten zeigt eine moderne Musikbox und erklärt, dass der dahinter liegende grosse Musiksaal verändert werde. Die gute Akustik und die Schallisolation würden erhalten, neu komme das Licht aber von oben.

Werner Binotto erklärt, dass dieser Teil der Kantonsschule von 1992 stamme. Man wolle diesen Teil erhalten, weil man ein Gebäude nicht nach dreissig Jahren einfach wieder abreißen könne, auch wenn es nicht ganz den Minergie oder anderen Standards ent-



spreche. Man müsse hier einen Mittelweg finden. Dieser Teil werde sicher einmal saniert werden, aber erst wenn es nötig sei, momentan seien andere Teile prioritär.

Walser-Sargans fragt nach, ob die Forderungen des Energiegesetzes eingehalten würden.

Werner Binotto entgegnet, dass diese Werte eingehalten würden, aber es gäbe eine Gesamtbilanz vom ganzen Gebäude. Die Anlage werde als Ganzes beurteilt und als solches erziele sie sehr gute Werte, auch beim CO₂-Austoss, der ja eigentlich die grosse Schwierigkeit sei. Es werde der Wert erreicht, den man 2150 für die 2'000 Watt Gesellschaft erfüllen müsse.

Regierungsrat Willi Haag stellt fest, dass man in diesem Bereich immer mit Interessenkonflikten konfrontiert sei. Und es sei ganz klar, dass das Parlament dem Baudepartement den Auftrag erteilt habe, zu klären, was bei einem Bau wirklich nötig sei. Jeder Nutzer möchte in diesen Fällen mehr bekommen und man müsse dann feststellen, was wirklich nötig sei und wie Kosten optimiert werden könnten. Kosten optimieren bedeute dabei immer reduzieren, wobei gleichzeitig die gesetzlichen Vorgaben erfüllt sein müssen. Der Staat übernehme hier auch eine gewisse Vorbildfunktion. Es sei ein situatives Abwägen, wo man total eingreife und wo man bestehende Werte erhalte und wo man optimiere. Dabei gehe man nun auch einen Weg zurück und erstelle etwas auf einfachere Weise, statt, dass man überall das Optimum baue.

Werner Binotto ergänzt, dass man am SIA Effizienzpfad sehr schätze, dass dieser unterscheide zwischen dem Aufwand für die Erstellung, dem Aufwand für den Betrieb und der Qualität für die Mobilität. Die Erstellung sei indes in der Regel kein Problem, der Betrieb sei erst das Kostenintensive. Darauf werde im Baudepartement ein Augenmerk gelegt, dass Strukturen geschaffen würden, die einfach seien im Betrieb, damit könne im Betrieb und Unterhalt gespart werden. Dazu gehörten auch lange Lebenszyklen von Gebäuden. Technik habe kurze Zyklen, auch wenn sie stets verbessert würde. Die Mobilität sei in Sargans gut. Alle kantonalen Schulen seien auf den öffentlichen Verkehr angewiesen, damit die Schüler in die Schule kommen könnten und dies belaste die Bilanz gesamthaft.

Dobler-Oberuzwil weist darauf hin, dass alles, was man mehr investiere, auch mehr Unterhalt bedeute. So sei es auch mit der Fläche. Wenn man auch die heutige Beleuchtung betrachte, die hätte man bereits bei der Installation zum halben Preis machen können.

Wasler-Sargans weist darauf hin, dass, wenn hier nur ein Teil erneuert werde, der bestehende Teil auch wieder Kosten verursachen werde.

Werner Binotto stimmt dem zu. Das Hochbauamt hätte am liebsten Gebäude, die 100 Jahre und mehr stehen würden. Dies bedürfe aber auch eine Bewegung und Flexibilität von Seiten der Nutzer. Ein Beispiel sei die Kantonsschule am Burggraben, dort werde nie etwas umgebaut, aber seit 150 Jahren erfolgreich Schule gegeben. Es gäbe dort grosse Räume, in denen viel weniger Schüler unterrichtet würden, umgekehrt habe es aber Räume, wo zu viele Schüler drin seien, aber über den gesamten Schulbetrieb betrachtet, sei es immer ein Auf und Ab. Auf Dauer würden solche grosszügigen Strukturen nötig sein, die langlebiger seien. Deshalb dürfe ein solches Gebäude, das dreissig jähig sei, nicht abgerissen werden.



Spoerlé-Ebnat-Kappel erkundigt sich, wann mit diesem Denken angefangen werde.

Werner Binotto erwidert, dass im Baudepartement seit längerem an den Vorbereitungen dafür gearbeitet werde. Doch es gäbe auch inneren und äusseren Widerstand. Es müssten Konzepte geschaffen werden, die für den Nutzer auch dienlich seien. Eine natürliche Lüftung könne nicht dadurch erreicht werden, dass der Hausabwart nachts um 23 Uhr die Fenster in der ganzen Schule schliessen müsse, weil ein Sturm aufziehe. Das wäre nicht wirtschaftlich und würde am Ende viel mehr kosten.

Stephan Wurster erklärt, dass im Sommer die Fenster morgens um 5.00 Uhr geöffnet würden, damit angenehme Temperaturen herrschen bei Schulbeginn. Nach zwei Stunden sei es aber bereits wieder sehr warm.

Werner Binotto verdeutlicht, dass eine Nachtabkühlung möglich sei. Der Neubau ermöglicht, dass die Fenster die ganze Nacht geöffnet sein können und so die Temperatur gesenkt werden könne. Das Problem sei heute ja nicht mehr die Heizung der Gebäude im Winter, sondern, dass die Gebäude im Sommer zu warm seien. Es solle erreicht werden, dass die letzte Person am Abend alle Fenster öffnen und das Gebäude durchlüftet werden könne.

Stephan Wurster ergänzt, dass die Nutzer voll hinter dieser Lüftung stünden und die Fenster flexibel öffnen könnten.

Der Präsident unterbricht an dieser Stelle und bittet solche Fragen dann in der Spezialdiskussion zu stellen.

(Grosser Musikraum, Gebäude 1992)

Stephan Wurster erklärt, dass dieser grosszügige Raum eine sehr gute Akustik habe. Er werde auch im Neubau bewahrt.

(Gang, Gebäude 1992)

Stephan Wurster erläutert, dass sich hier Büros befänden. Diese lägen dezentral, was nicht ideal, aber nicht anders möglich sei. Rechts davon sei die Bibliothek, die durch den Neubau stark verändert werde, so etwa durch die Beleuchtung durch ein Oberlicht.

(Mensa, Gebäude 1962)

Stephan Wurster weist auf die engen Platzverhältnisse hin. Gleich hinter der Küche seien die Vorratsräume im ehemaligen Luftschuttkeller untergebracht. Der Betrieb sei sehr hektisch und werde auch sehr viel produziert, so auch das Essen für das Berufsschulzentrum Sarganserland. Die Mensa sei in den letzten drei Jahren aufgrund der Produktion sehr stark gewachsen.

(Im Innenhof)

Stephan Wurster zeigt den Anwesenden das alte Bauernhaus, in welchem zurzeit noch Instrumentalunterricht und Werken stattfindet. Das Werken sei aber seit der Schliessung des Seminars massiv retourgegangen.

Thomas Bürkle erklärt, dass man an dieser Stelle im neuen Innenhof stehe. Die Lage des neuen Gebäudes werde den Südflügel verlängern und der Winkelbau schliesse das



Gebäude dann ab. Da es nur noch ein Level gäbe, werde dann alles auf der gleichen Ebene sein. Damit werde auch die Problematik der heutigen Schule, dass sie nicht rollstuhlgängig sei, eliminiert.

Der Präsident beendet an dieser Stelle den Rundgang.

4 Allgemeine Diskussion

Der Präsident beginnt mit der allgemeinen Diskussion und erteilt das Wort Daniel Bühler.

Bühler-Bad-Ragaz dankt der Regierung und der Verwaltung für die Botschaft und den Entwurf vom 2. Juli 2013.

Die Kantonsschule Sargans habe regionale Bedeutung und sei für die Ausbildung der Jugendlichen als auch für den Wirtschaftsstandort von grösster Bedeutung.

Im letzten Schuljahr seien knapp 700 Schülerinnen und Schüler in 34 Klassen unterrichtet worden. Über 100 Lehrpersonen und weitere 22 Mitarbeitende arbeiteten an der Kantonsschule Sargans. Die Schülerinnen und Schüler kämen vor allem aus dem Sarganserland, dem Linthgebiet, dem Werdenberg und vereinzelt auch aus der Region Rapperswil-Jona oder dem Rheintal. Die Gebäude würden nicht nur für Ausbildungszwecke benutzt, sondern stünden auch für Ausstellungen, Kulturanlässe oder Vorträgen zur Verfügung. Eine KSS, welche den neuzeitlichen pädagogischen und baulichen Ansprüchen genüge, sei für die Region Sarganserland von grösster Wichtigkeit. Neben einer Ausbildungsstätte habe diese Kantonsschule auch einen wirtschaftlichen Aspekt von zentraler Bedeutung und biete zudem interessante und qualifizierte Arbeitsplätze an. Die Sanierung und Erweiterung sei gemäss der detaillierten Botschaft ausgewiesen, sowohl in pädagogischer als auch baulicher Hinsicht.

Bei dieser Vorlage gehe es um die Zukunft als Bildungsregion, um Investitionen und Wertschöpfung im Sarganserland, um attraktive Arbeitsplätze, um Infrastruktur für Kulturträger und auch als Ergänzung zur neuen, bereits bestehenden Sportanlage Riet

Die FDP-Delegation unterstütze die Vorlage und beantrage eintreten. Es würden jedoch noch zahlreiche Fragen in der Spezialdiskussion folgen.

Der Präsident dankt für die Ausführungen und erteilt das Wort Jörg Tanner.

Tanner-Sargans begrüsst die Anwesenden und dankt im Namen der GLP-BDP Fraktion für die zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie auch die Beantwortung der Fragen seitens der Gemeinde Sargans.

Die Kantonsschule Sargans sei in die Jahre gekommen. Sie sei seit 50 Jahren in Betrieb und es könne ohne Zweifel davon ausgegangen werden, dass eine Sanierung und eine Erweiterung unumgänglich seien. Der Fraktion sei klar, dass hier die nötigen Schritte in die Wege geleitet werden müssten.

Die Botschaft der Regierung entspreche grösstenteils den Vorstellungen. Das Gesamtprojekt werde als gut eingestuft. Die Investitions- und Betriebskosten lägen im Rahmen vergleichbarer Bauvorhaben, wie der Neubau der Kantonsschule Wil oder der Sanierung der Kantonsschule Heerbrugg. Somit werde keine Region bevorzugt. Diese Strategie sei künftig aufrecht zu erhalten.

Werde das Einzugsgebiet betrachtet, so befinde sich der Standort der Kantonsschule Sargans am richtigen Ort. Die hervorragende Erschliessung durch den ÖV (Zug und Bus)



wirke sich positiv aus. Sargans mausere sich genau aufgrund der guten Erschliessung zum Bildungsstandort. Neben der Kantonsschule sei das Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland, die vielen Weiterbildungsschulen wie; IBZ, ZBW, MKS, IBW etc. in Sargans niedergelassen. Dazu könne sicherlich auch das regionale didaktische Zentrum gezählt werden.

Die rege Bautätigkeit in der Region, die Prognosen des Bundesamtes für Statistik und vor allem die sehr hohe Auslastung mit rund 105% würden den Entscheid die Kantonsschule zu sanieren und zu erweitern, unterstreichen.

Die Botschaft zeige klar auf, dass die heutigen Strukturen nicht mehr zeitgemäss seien und für den Schulunterricht etliche Räume und Arbeitsplätze fehlen würden. Der Mehrflächenbedarf werde gut ersichtlich und klar ausgewiesen. Die vorgesehene Umsetzungsvariante entspreche den Vorstellungen und diese würden ebenfalls als wirtschaftliche günstige Lösung eingestuft. Es sei aber zu berücksichtigen, dass mittelfristig für die verbleibenden bestehenden Bauten finanzielle Mittel eingesetzt werden müssten.

Wie erwähnt worden sei, entspreche das Bauprojekt den Erwartungen. Begrüssend nähme die Fraktion die Erstellung der Photovoltaik-Anlage auf dem Neubau zur Kenntnis, sowie der Anschluss an das Fernwärmenetz des Wärmeverbundes Mels AG. Beim letzten Punkt stelle sich die Frage ob die Fernwärme tatsächlich geliefert werden könne.

Aus dem Bericht hätte nicht entnommen werden können, ob bei der Sanierung des Altbaues wenigstens die Vorinstallationen bzw. Leerrohre für die Erweiterung der Photovoltaik-Anlage in Betracht gezogen worden seien. Werde von der 2000-Watt-Gesellschaft gesprochen, so solle mittelfristig bis langfristig auf der ganzen Fläche eine Anlage realisiert werden können. Gesamthaft sollten 50 bis 60% des Strombedarfes gedeckt werden. Zur der Parkplatzproblematik werde der Sprechende in der Spezialdiskussion persönlich und aus der Sicht der Gemeinde Sargans Stellung nehmen.

Die GLP-BDP Fraktion trete auf die Vorlage ein.

Der Präsident dankt für die Ausführungen und erteilt Christof Hartmann das Wort.

Hartmann-Walenstadt dankt der Regierung und Verwaltung im Namen der SVP für die Ausarbeitung der Vorlage. Nach mehreren Ehrenrunden – zuletzt wollte die Regierung das Vorhaben nach hinten schieben – liege die Vorlage Teilabbruch und Erweiterung der KSS nun vor.

Bauzustand und Raumangebot der 50-jährigen Gebäude würden nicht mehr genügen und seien in hohem Mass sanierungsbedürftig. Habe das "Projekt 2010" noch mit Kosten von über 60 Millionen Schweizer Franken gerechnet, seien es aktuell knapp 50 Millionen. Kosten von CHF 754 pro m³ (BKP2) oder CHF 838 pro m³ (BKP2+3) seien im Rahmen im Vergleich mit anderen Schulbauten. Grundsätzlich sei der Bau, soweit auf den Plänen ersichtlich, ansprechend. Die Flächen seien gut ausgenutzt und der Neubau werde nicht durch komplizierte und unregelmässige Grundrisse verteuert. Die Fraktion nehme zur Kenntnis, dass Regierung und Verwaltung bei Bauten neu von einem einfachen Technisierungsgrad sprächen und auch umsetzen würden. So zuletzt und aktuell auch beim Neubau des Landwirtschaftlichen Zentrums in Salez. Das sollte zum Standard werden, auch bei Kantonsbauten in der Hauptstadt. Man begrüsse den Anschluss an die Holzschneitzelheizung des Wärmeverbundes Mels. Ein Grossteil des Rohstoffes könne so aus der Region bezogen werden. Ebenfalls sinnvoll erscheine die Photovoltaik-Anlage. Die Dachfläche dränge sich geradezu auf. Bei der Photovoltaik-Anlage stelle sich für die Frage, ob diese nicht durch ein Energieunternehmen finanziert werden könne. Bei einer allfälligen Dachsanierung an den bestehenden/verbleibenden Gebäuden müsse auch darüber nachgedacht werden, die Photovoltaik-Anlage zu vergrössern. Wichtig sei, dass die Dis-



kussion der Unterkellerung geführt werde; im vorliegenden Fall die Frage der Tiefgarage. Nachträglich könne man ein Gebäude in dieser Grösse kaum noch unterkellern. Beide Parteien – Kanton und Standortgemeinde – sollten sich nochmals äussern können. Die Fraktion trete auf die Vorlage ein.

Walser-Sargans dankt im Namen der SP-Grüne Fraktion der Regierung und den zuständigen Amtsstellen für die zugestellten Unterlagen. Das vorliegende Projekt erscheine in der Ausgestaltung schlicht, zweckmässig, funktional und kostenbewusst.

Für die Region sei die Kantonsschule von zentraler Bedeutung und sei ein entscheidender Standortfaktor. Obwohl das Sarganserland eine strukturschwache Region sei, sei in den letzten Jahren ein beträchtliches Bevölkerungswachstum erfolgt. Durch die sehr gute Verkehrsanbindung der Region vor allem zum Grossraum Zürich, aber auch zu Chur und verstärkt auch zu St.Gallen werde sich dieses Wachstum fortsetzen. Insbesondere der halbstündige IC Halt mit Direktverbindungen Sargans – Zürich werde diesen Prozess weiter beschleunigen. Bei der Wahl des Wohnortes achteten heute die Familien sehr stark auf das lokale und regionale Bildungsangebot. Eine starke öffentliche Volksschule, aber auch ein gutes Anbot auf der Sekundarstufe II mit dem vielfältigen Angebot der Kantonsschule Sargans und den Berufsbildungszentren in Sargans und Buchs, aber auch den Fachhochschulen und höheren Fachschulen seien von zentraler Bedeutung.

Die Maturaquote sei in der Region sehr tief. Sie werde aber in den kommenden Jahren auch in den Regionen Sarganserland, Werdenberg und Liechtenstein zunehmen. Zusammen mit dem ersichtlichen Bevölkerungswachstum werde in Zukunft mit mehr Schülern und Schülerinnen an der Kantonsschule Sargans zu rechnen sein als heute. Es stelle sich eher die Frage, ob der geplante Ausbau für die nächste Generation ausreichend sei. Das bestehende Projekt sei aus diesem Blickwinkel sicherlich nicht zu grosszügig geplant. Ausserdem sei es vom Gesichtspunkt der Chancengleichheit äusserst wichtig, dass der Kanton neben dem Standort St.Gallen auch in seinem südlichen Kantonsteil eine Schule führe, die das gesamte Mittelschulangebot abdecke. Zu einem breiten und guten Ausbildungsangebot gehörten neben motivierten und gut ausgebildeten Lehrpersonen auch eine zweck- und zeitgemässe Infrastruktur.

Für die SP stehe deshalb ausser Zweifel, dass eine Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Sargans dringend nötig sei. Die Besichtigung der bestehenden Anlage zeige auch, dass der Altbau in einem teilweise bedenklichem Zustand sei. Der Plattenbau aus den 60-iger Jahren spote jeglichen heute üblichen energetischen Standards. Aus energetischer Sicht wäre wohl am besten auch den Nordteil abzubrechen und neu zu bauen. Die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen und Schüler und Schülerinnen seien teilweise grenzwertig. Betreffend Energie und Ökologie sei der Neubau vorbildlich, vor allem die Dämmung, der geplante Anschluss zum Holzkraftwerk des Wärmeverbundes Mels und die Photovoltaik-Anlage, aber auch das geplante Lüftungssystem.

Die Fraktion trete auf das Geschäft ein und werde in der Spezialdiskussion zu den einzelnen Punkten Fragen stellen.

Suter-Rapperswil-Jona dankt im Namen der CVP-EVP-Delegation der Regierung, insbesondere dem Bau- und Bildungsdepartement, für die insgesamt überzeugende Vorlage zu Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans.

Die älteren Gebäudeteile im westlichen Trakt seien in hohem Mass sanierungsbedürftig und das Raumangebot stehe einem zeitgemässen Schulbetrieb entgegen. Es freue die CVP-EVP-Delegation, dass nun ein Projekt vorliege, das mittels gezielten Erweiterungsbauten und Sanierungen sicherstelle, dass die Kantonsschule Sargans die heutigen An-



forderungen an Infrastruktur und Raumangebot erfülle und dass ein Zeitplan verfolgt werde, der eine rasche Realisierung des Bauprojekts ermögliche.

Besonders hervor zu heben seien Aspekte der Vorlage:

Es sei zu würdigen, dass mit dem vorliegenden Bauprojekt den knappen Kantonsfinanzen Rechnung getragen werde. Seien es gemäss dem ursprünglichen Kostenvoranschlag noch rund 60 Millionen Franken gewesen, wurden die Kosten noch einmal sorgfältig auf mögliche Einsparungen überprüft mit dem Resultat, dass die Kosten um rund 10 Millionen Franken auf neu 50 Millionen Franken reduziert worden sei. Es sei anzuerkennen, dass die Regierung bemüht sei, die Steuermittel mit Bedacht einzusetzen, ohne die Nachhaltigkeit solcher Bauprojekte zu gefährden. Das jetzige Bauprojekt bringe der Region eine schöne und zeitgemässe Kantonsschule, die den neusten Anforderungen an Infrastruktur und Raumangebot gerecht werde.

Zweitens sei positiv zu würdigen, dass der Erweiterung der Kantonsschule eine saubere Analyse der demografischen Entwicklung, der Entwicklung der Maturitätsquote und der Rekrutierungsbedingungen für die Lehrpersonen zugrunde liege. Dieses Vorgehen sei wichtig und richtig, und es schaffe Vertrauen in die Vorlage. Es sei wünschenswert, dass dieses Vorgehen auch bei kommenden Neu- und Erweiterungsbauten von Kantons- und Berufsschulen im Kanton zur Anwendung komme, und die Sprechende sei auch durchaus hoffnungsfroh, dass dem so sein werde.

Schliesslich sei positiv anzumerken, dass der Kanton mit dem vorliegenden Bauprojekt seiner Vorbildfunktion nachkomme, indem er bei öffentlichen Bauten Fragen der Energieeffizienz und der Verwendung erneuerbarer Energien ein besonderes Augenmerk widme. Mit dem Anschluss der Kantonsschule Sargans an den Wärmeverbund Mels und mit dem Bau einer Photovoltaik-Anlage auf dem südlichen Flachdach leiste das Bauprojekt einen Beitrag zur Erreichung der im kantonalen Energiekonzept geforderten Ziele.

Zu technischen Aspekten wie dem Storenkonzept oder der Beschränkung auf Kaltwasserhahnen werde im Rahmen der Spezialdiskussion eingegangen, ebenso auf das in schriftlicher Form vorliegende Anliegen der Standortgemeinde, das Bauprojekt um eine Tiefgarage für den ausserschulischen Betrieb zu ergänzen.

Die CVP-EVP-Delegation unterstütze grundsätzlich, dass solche Anliegen im Rahmen der Bauvorlage diskutiert würden. Sie sei jedoch skeptisch, ob es tatsächlich Aufgabe des Kantons sei, eine Tiefgarage für den ausserschulischen Betrieb zu finanzieren. Ebenso sei zu erörtern, ob zusätzliche Parkplätze der gewünschten Abstützung auf den ÖV nicht entgegenwirken würden, zumal mit dem Bahnhof Sargans in 5 Minuten Gehdistanz eine hervorragende Anbindung an den ÖV gegeben sei. Zu guter Letzt sei absolut zentral, dass der zeitliche Fahrplan des Projekts eingehalten werden könne. Verzögerungen aufgrund von Abklärungen in Sachen Tiefgarage dürfe es nicht geben.

Die CVP-EVP-Delegation unterstütze die Bauvorlage zum Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans. Sie seien überzeugt, dass die Region mit diesem Bauprojekt bei vertretbaren Kosten für den Kanton eine schöne, zeitgemässe Kantonsschule bekomme, die den heutigen Anforderungen an Infrastruktur und Raumangebot entspreche.

Der Präsident dankt für diese Voten und erkundigt sich nach weiteren Anmerkungen oder Fragen.

Regierungspräsident Stefan Kölliker hat im Moment keine Fragen.

Regierungsrat Willi Haag ist erfreut über die positiven Äusserungen und hat ebenfalls keine Fragen.



5 Spezialdiskussion

Der Präsident weist vorab auf die Diskussion zum Thema Parkplätze hin. Entweder sei die Thematik unter den baulichen Bedürfnissen oder ganz am Schluss zu thematisieren.

Regierungsrat Willi Haag schlägt vor, dass das Thema Parkplätze vorab diskutiert wird.

Der Präsident nimmt dies zur Kenntnis, schlägt aber vor, dass der Bildungsteil vorab zu diskutieren, da der Regierungspräsident Stefan Kölliker nur bis Mittag anwesend sei.

1 Ausgangslage

1.1 Allgemeines

1.1.1 Entwicklung der Kantonsschule Sargans

Keine Wortmeldung

1.1.2 Lehrgangsangebot

Keine Wortmeldung

1.1.3 Einzugsgebiet

Keine Wortmeldung

1.1.4 Regionale Bedeutung der Kantonsschule KS Sargans

Keine Wortmeldung

1.1.5 Die Kantonsschule als Tagesschule

Keine Wortmeldung

1.2 Entwicklung der Mittelschullehrgänge im Allgemeinen

Keine Wortmeldung

1.3 Entwicklung der Schülerzahlen

Walser-Sargans erklärt, dass die SPG-Fraktion die Lage anders einschätze. Sie gingen davon aus, dass die Schülerzahl in den kommenden Jahren eher steigen werde, wenn man die Entwicklung der Region betrachte. So werde auch die Maturaquote voraussichtlich steigen. Daraus ergäbe sich eine Frage unter dem 2.3 Räumliche Bedürfnisse. Seien diese wirklich abgedeckt? Zahlen lägen keine vor, man stütze sich hier auf ein Bauchgefühl.

Der Präsident stellt fest, dass diese Beurteilung sehr schwierig sei, wenn man verschiedene Prognosen habe. In der Region sei sicher eine sehr rege Bautätigkeit gegeben und es gäbe viele Geburten, aber man müsse sich in einer Bauvorlage auf etwas festlegen. Es



sei nicht davon auszugehen, dass in den nächsten 50 Jahren nicht mehr erweitert würde und man müsse Optionen für zukünftige Entwicklungen freihalten.

Regierungsrat Willi Haag ergänzt, dass es sich dabei um eine grundsätzliche Überlegung handle, die sich jeder private Unternehmer oder die Gemeinde bei einem Bau überlegen müsse. Es gäbe zwei Varianten: Man gehe von einem aktuellen Bedarfsstand aus, dann sei es aber möglich, dass der Bau bereits bei der Einweihung zu klein sei oder man gehe von einer Entwicklung aus, dann müsse man beim Bau aber etwas bezahlen, das man noch gar nicht brauche. Bei einem Oberstufenzentrum in einer anderen Gemeinde habe man diese Diskussion auch geführt und befürchtet, es sei zu gross, aber man müsse sich irgendwann festlegen. Bei den Kantonsschulen habe man zurzeit den idealsten Zustand im Kanton. Nachdem die Kantonsschule Wil gebaut worden sei, habe man nun fünf Kantonsschulen, das sei so oder so genug, auch wenn die Schülerzahl zunehme. Es seien einfach nicht mehr die selben Gemeinden Schnittgemeinden wie früher. Die Mittelschüler müssten über den Kanton verteilt werden, dann reiche der Platz aus, ohne dass man etwas mieten oder anbauen müsse. Die Schwester des Sprechenden wohne mit ihren Kindern in Buchs, von dort sei eines an die Kantonsschule Heerbrugg und das andere an die Kantonsschule Sargans gegangen und beide hätten die Matura mit Erfolg abgeschlossen. Das habe nie eine Diskussion gegeben. Die jetzige Situation sei verantwortlich. Diese fünf Kantonsschulen müssten und würden ausreichen.

Der Präsident ergänzt, dass die Auslastung heute 110% betrage und durch den Neubau auf 80% reduziert werde.

Werner Binotto stimmt dem zu, das Schulhaus werde mit dem Neubau erweitert. Die jetzige Überbelastung werde nachher nicht mehr sein. Diese und auch die anderen Kantonsschulen könnten ein gewisses Wachstum aufnehmen. Die jetzige Optimierung des Stundenplans könne man wieder reduzieren. Weiter habe man auch noch diese Zwischenzone, die man als Reservestandort beibehalte. In Sargans gäbe es noch die grosse Berufsschule und dort habe man auch noch Möglichkeiten zu reagieren. Die Schule in Sargans sei auch bei einem moderaten Wachstum gut gerüstet.

Der Präsident erteilt Esther Friedli das Wort.

Esther Friedli möchte auf den Postulatsbericht "Strategische Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen" hinweisen, welcher dem Kantonsrat im Jahr 2011 vorgelegt habe. Darin seien Berechnungen zur Schülerentwicklung bis ins Jahr 2020 und bis ins Jahr 2030 gemacht worden. Als Basis der Berechnung wurden Szenarien des Bundesamtes für Statistik verwendet, angereichert mit eigenen Berechnungen. Es gäbe in der Zwischenzeit neuere Berechnungen des Bundesamtes für Statistik. In diesem Bericht habe man auf Seite 69 den prognostizierten Raumbedarf der Mittelschulen in verschiedenen Betrachtungsräumen dargelegt. Es gäbe einen Betrachtungsraum Nord, einen Betrachtungsraum Süd und jeweils einen Betrachtungsraum West und Ost. Die Kantonsschule Sargans liege gemeinsam mit der Kantonsschule Heerbrugg im Bereich Ost. Für diesen Raum werde es voraussichtlich einen leichten Mehrbedarf geben, aber das sei aufgrund der heutigen Berechnungen festgestellt worden. Aufgrund der Basis, dass die Kantonsschule Heerbrugg zurzeit neu gebaut werde, habe man gemeinsam mit dem Baudepartement die Zahl der Zimmer an der Kantonsschule Sargans geplant. Aufgrund des heutigen Wissensstandes sei die Zahl der geplanten Zimmer zu verantworten.



Der Präsident dankt für diese Ausführungen. Diese Vorlage sei von Anfang an positiv aufgenommen worden, auch wenn sich die Basiswerte natürlich immer hinterfragen lassen.

1.3.1 Entwicklung der Maturitätsquote

Keine Wortmeldung

1.3.2 Entwicklung der Geburtenzahlen bzw. der Bevölkerung

Keine Wortmeldung

1.3.3 Künftige Schülerzahl an der Kantonsschule Sargans

Keine Wortmeldung

1.4 Arbeitssituation für Lehrpersonen

Keine Wortmeldung

1.5 Grundstück

Brändle-Bütschwil erkundigt sich, was mit dem Bauernhaus, welches in dem Artikel erwähnt werde, später geschehen werde.

Werner Binotto erklärt, dass im Moment nichts damit geschehen werde. Das Haus sei ein Teil der Zwischenlösung. Während der Bauphase seien Provisorien nötig. An dieser Planung sei man zurzeit und man werde auch Provisorien aus Heerbrugg nutzen können, die dann dort nicht mehr benötigt würden. Das Bauernhaus gehöre zu dieser Zwischenutzung dazu. Ursprünglich habe man es abreißen wollen beim Bau der Turnhalle Riet, aber man habe dann festgestellt, dass die Schule das Haus bereits heute benötige. Das Gebäude sei in einem normalen Zustand und es sei nicht geplant dort zu renovieren. Die Schule habe das Baudepartement überzeugt, dass man das Bauernhaus nicht abreißen solle. Es bleibe vorläufig stehen und werde so gut wie möglich genutzt.

1.6 Bauliche und räumliche Situation

Keine Wortmeldung

Der Präsident stellt die Uhrzeit fest und schlägt vor, die Sitzung vor dem Mittagessen abzuschliessen. Man werde nun über die Parkplatzproblematik diskutieren und damit erteilt er Jörg Tanner als Gemeindepräsident von Sargans das Wort.

Tanner-Sargans möchte vorwegnehmen, dass die Gemeinde Sargans nicht wolle, dass der Kanton für sie eine Tiefgarage erstelle, massgeblich für die Intervention sei die unbefriedigende Situation bei der Abend- und Wochenendnutzung.

Die Nutzung der Weiterbildungsschule IBZ löse ein Parkierungschaos aus. Die Kantonsschule sei nicht nur für Sargans wertvoll, sondern für die ganze Region. Sicherlich sei es nicht im Sinne der Gemeinde, mit dem Kanton zu streiten, sondern eine sinnvolle und sachgerechte Lösung zu erarbeiten. Darum habe man auch die Fragen gestellt. Die Ge-



meinde Sargans habe in der Vergangenheit und wolle auch in Zukunft mit dem Kanton Hand in Hand arbeiten.

Zur heutigen Situation seien folgende Fakten zu präsentieren. Beim jetzigen Projekt bestünden 23 + 7 Parkplätze nördlich des Gebäudes + 40 Parkplätze östlich der Pizolstrasse, dort seien 38 + 2 IV Parkplätze vorhanden. Bei der Abend- und Wochenendnutzung der Kantonsschule, welche die Gemeinde begrüsse, da sie sehr wertvoll sei, stünden zu wenig Parkplätze zur Verfügung. Gemäss Besprechung mit Rektor der IBZ Herr Cadisch besuchten ca. 200 Schülerinnen und Schüler diverse Kurse am Abend und am Wochenende. Man wisse, dass bei diesen Abendschulen davon auszugehen sei, dass 75% mit dem eigenen Auto anreisen, weil sie in der Arbeitswelt tätig seien und deshalb auf den öffentlichen Verkehr verzichteten. Wenn man das ausrechnet, seien dies rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die mit dem Auto anreisen. Das sprengt bereits den Rahmen der bestehenden Parkplätze. Es werde auch nicht auf den Zug ausgewichen, da die Zeit sehr kostbar sei und 5 bis 10 Minuten Fussweg vom Bahnhof sei zu weit. Es würden deshalb die Parkplätze bei der Sportanlage Riet benutzt, dort habe es etwa 50 Parkplätze. Besonders mühsam aus der Sicht der Gemeinde Sargans sei, dass die Teilnehmer die Autos beim Manor oder in den Quartieren abstellen, was bei der Bevölkerung eine Unzufriedenheit auslöse.

Es kommt zu diesem Problem, weil der Unterricht der IBZ am Abend von 17.15 Uhr bis 21.15 Uhr dauere und die Abendnutzung der Sportanlage Riet um 18.00 Uhr beginne. Wenn die Sportteilnehmer um 18.00 Uhr eintreffen, seien die Parkplätze bereits belegt und der Suchverkehr beginne. Dasselbe Problem ergebe sich auch am Wochenende, wenn die Schule der IBZ um 08.00 Uhr beginne und die sportlichen Anlässe erst um 9.00 Uhr. Bei Wochenendanlässen der Gemeinde Sargans gäbe es ein Parkierungskonzept. Es werde auf die Parkplätze bei der Prüfstelle Mels und beim Jumbo Markt ausgewichen. Aus Sicht der Gemeinde Sargans lohne sich ein gemeinsames Parkplatzkonzept mit dem Kanton für die Sportanlage und die Kantonsschule. Zu beachten sei dabei, dass die Parkplätze bei der Sportanlage Riet nicht im Eigentum der Gemeinde Sargans stünden, sondern der katholischen Kirchgemeinde Sargans gehörten. Gegenüber liege noch ein Spielplatz, welcher ebenfalls der katholischen Kirche gehöre. Diese Wiese solle in naher Zukunft anders genutzt werden und damit könnten diese Parkplätze dann wegfallen. Die Gemeinde Sargans habe natürlich ein Interesse an einer gemeinsamen Lösungsfindung und würde sich auch finanziell daran beteiligen, das sei im Gemeinderat bereits so besprochen worden. Es brauche dann ein Parkierungskonzept, was dazu führen würde, dass auch die Lehrpersonen der Kantonsschule Parkgebühren bezahlen müssten. Eine weitere Variante sei, ein Parkhaus beim Bauernhaus zu errichten. Für einen Investor könnte sich dies lohnen. Die Kantonsschule könnte dort zusätzliche Räume nutzen, was für den Hauswart keine unbefriedigende Situation wäre.

Die letzte Variante sei der Verzicht auf die Abendnutzung. Das sei aber nicht sinnvoll, wenn man bereits über eine solche Anlage verfügt. Die Gemeinde Sargans sei der Auffassung, dass öffentliche Gebäude wie Schulhäuser zur Verfügung stehen sollten. Der letzte Punkt sei, wie bereits Herr Bürkle in einem E-Mail bemerkt habe, dass während der Bauphase der Parkplatz aufgrund der Provisorien nicht zur Verfügung stünde. Es müsse daher auch geklärt werden, wie das Parkierungskonzept während der Bauphase aussehe. Man müsse dann Hand in Hand arbeiten, sonst werde das Chaos, das bereits jetzt herrsche, noch grösser.

Der Präsident dankt der Gemeinde Sargans, dass sie frühzeitig die Anträge an die Kommission geschickt habe und auch die vom Baudepartement gewünschten Antworten fristgerecht eingetroffen sind. Damit sei eine gute Diskussion möglich. Bisher sei noch



nicht ganz klar, ob es Anträge der Gemeinde Sargans gäbe oder ob einfach die Auslegung diskutiert werden solle. Aus den Ausführungen sei herauszuhören, dass die Gemeinde ein Parkplatzkonzept wolle, aber eine Forderung nach einer Tiefgarage gäbe es nicht. Diskussionsgegenstand sei die heutige Situation und dann der Antrag auf ein Parkplatzkonzept.

Tanner-Sargans stellt fest, dass die Gemeinde sicher nichts fordern wolle, aber sie wolle einfach darum bitten, dass man das in Betracht ziehe. Heute müsse man in den Boden bauen, auch wenn die Forderung nach einer Tiefgarage natürlich relativ gross sei. Es wäre auch ein sehr grosser Aufwand und wie der Sprechende aus der bisherigen Korrespondenz herausgelesen habe, wolle der Kanton keine Tiefgarage finanzieren.

Der Präsident erklärt, dass Jörg Tanner, der auch Kantonsrat sei, über die Kommission einen Auftrag an die Regierung erteilen könne, sofern die Mehrheit der Kommission sein Anliegen unterstütze.

Tinner-Wartau fragt nach, wie viele Parkplätze die Gemeinde Sargans in dieser Baubewilligung dann vorsehen würde. Es nütze nichts, wenn man hier nach Lösungen suche und dann ein Bauentscheid komme, in welchem die Gemeinde schreibe, dass der Kanton 100 Parkplätze zu erstellen habe. Das würde zu einem neuen Konflikt führen. Was sei aufgrund des Baureglements zu erwarten und seien schon solche Abklärungen gemacht worden. Eine Tiefgarage würde im vorliegenden Fall wenig Sinn machen, deshalb sei auch noch die Frage an den Kantonsbaumeister, unabhängig von der geplanten Photovoltaik-Anlage, ob es möglich wäre, auf dem Dach des Neubaus allenfalls Parkplätze zu machen.

Tanner-Sargans erklärt, dass sich die Gemeinde Sargans auf die VSS-Normen stütze, welche auch erfüllt würden. Das Baureglement enthalte keine spezielle Regelung, nur, dass bei der Erstellung von 8 Parkplätzen oder mehr sei mindestens ein Drittel unterirdisch zu erstellen.

Werner Binotto möchte auf den Brief verweisen, den alle Teilnehmer gesehen und gelesen hätten. Es seien verschiedene Probleme in Bezug auf eine Tiefgarage gegeben an diesem Ort. Auf den Folien sei ersichtlich, welche Eigentümer Parkplätze haben. Grün sei der Kanton St.Gallen, daneben habe politische Gemeinde Sargans Parkplätze, die Ortsgemeinde habe Parkplätze und die katholische Kirchgemeinde.

Thomas Bürkle fügt hinzu, dass die Kantonsschule zurzeit genug Parkplätze zur Verfügung habe, was auch auf den Folien ersichtlich sei. Nach dem Umbau werde man 70 Parkplätze haben, was gemäss der VSS für den Betrieb der Kantonsschule ausreiche. Für die Sportanlage Riet seien 50 Parkplätze erstellt worden. Gemäss der Bedarfsberechnung reiche dies aus. Der Gemeindepräsident habe erwähnt, dass sie auf dem Boden der katholischen Kirchgemeinde erstellt worden seien, aber diese Parkplätze seien explizit für dieses Bauvorhaben erstellt worden. Für die Nutzung der Aussenanlagen sei dann noch ein Pavillon erstellt worden, wobei die Parkierung der Aussenanlagen auch bei diesen 50 Parkplätzen sein sollte.

Werner Binotto ergänzt, dass die Gemeinde bisher immer die Parkplätze zur Verfügung gestellt habe, die die Kantonsschule für den Tagesbetrieb benötige. Die entsprechenden



Eingaben seien bisher so gemacht worden. Weiterbildungen seien von dieser Planung nicht erfasst, weil das nicht per se die Aufgabe des Kantons sei.

Die Problematik, die Jörg Tanner geschildert habe, sehe der Kanton auch als solche. Die Belastung finde in dieser Randzeit statt. Bisher sei das Baudepartement der Ansicht gewesen, dass man nicht reagieren müsse. Deshalb habe das Hochbauamt die Frage aufgeworfen, ob man über die Weiterbildungen und die Belegungen diskutieren müsse. Man habe untersucht, wie eine Tiefgarage möglich wäre und es gäbe zwei Möglichkeiten. Bei der einen müsste man um das ganze Gebäude fahren und würde dann unter dem geplanten Neubau parkieren. Bei der anderen Variante würde man in den Innenhof fahren. So würden sich diese 75 Parkplätze ergeben. Man wollte keine Einfahrt in südlicher Richtung, weil man nicht vor der unmittelbaren Hauptnutzung des Gebäudes die Wärmeimmission haben wollte. Deshalb müsse die Rampe um das Haus herumführen.

Thomas Bürkle erklärt den Plan. Die ganze Qualität der Umgebungsgestaltung spiele sich im Innenhof der Schule und zum Wohnquartier hin ab. Im hinteren Teil befinde sich vor allem die Anlieferung. Im Bereich der Küche würden Lastwagen stehen. Es sei nur nach hinten eine sinnvolle Unterkellerung des Gebäudes möglich. Im vorderen Teil lasse dies die Struktur des Gebäudes nicht zu, da die Lastabtragung genau in der Mitte der Zufahrt wäre. Diese nötigen statischen Umlagerungen würden keinen Sinn machen. Im Innenhof sei dann einfach das Problem, dass man Bäume pflanzen wolle, das könnte man nicht, wenn der Hof unterkellert wäre.

Eine behindertengerechte Erschliessung wäre aber über die Treppen und den Lift möglich. Ebenso seien die Fluchtwege überprüft und für ausreichend befunden worden.

Werner Binotto ergänzt, dass bisher aus verschiedenen Gründen keine Unterkellerung vorgesehen gewesen sei. Ein Grund sei der sehr hohe Grundwasserspiegel. Er sei in der Regel etwa 1.5m unter Terrain, könne aber in dieser Region auch höher sein je nach Witterung. Man gehe davon aus, dass jedes Tiefgeschoss, das permanent im Grundwasser sei irgendwann undicht werde. Man habe bei den ausgerechneten Kosten keine weissen Wannen vorgesehen. Weisse Wannen seien eine anerkannte Bautechnik, die verhindern soll, dass das Tiefgeschoss undicht werde. Aber man müsse hier skeptisch sein, denn auch eine weisse Wanne sei irgendwann undicht. Damit es nicht noch teurer würde, sei man von einem konventionellen Untergeschoss ausgegangen. Das sei ein wesentlicher Teil der Begründung, weshalb diese Parkplätze relativ teuer wären. Ein zweiter Aspekt, welcher das Hochbauamt nicht erfreuen würde, sei, dass aufgrund des hohen Grundwassers auftreibende Kräfte herrschen würden. Das Gebäude werde beginnen sich zu bewegen, das liege in der Natur der Sache. Ein solches Gebäude sollte möglichst im Gleichgewicht gebaut werden. Natürlich sei das Problem technisch lösbar, aber die Erfahrung, die man mit solchen Gebäude habe, zeige namentlich im Rheintal, dass man immer Probleme habe mit diesen Verschiebungen innerhalb des Gebäudes. Dieser technische Aspekt dürfe nicht ausser Acht gelassen werden. Es führe zu einer Verteuerung.

Der dritte Punkt sei, dass tatsächlich überprüft werden müsste, ob diese Mittelschule der richtige Standort für diese Parkplätze sei. Der Verkehr werde relativ weit in das Quartier hineingeführt. Das sei im Brief nicht erwähnt worden, weil es sich um einen ortspolitischen Aspekt handle. Man müsste prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, den Verkehr an einem früheren Punkt abzufangen.

Thomas Bürkle ergänzt, dass damals bei der Sportanlage Riet eine Tiefgarage auch ein Thema gewesen sei. Man habe sich damals aus Kostengründen dagegen entschieden. Weil man hier im Grundwasserbereich sei, komme der Bau nicht in Frage. Man habe be-



reits damals festgestellt, dass eine Tiefgarage an dieser Lage keinen Sinn mache. Auch eine Versenkung der Turnhalle sei aus Kostengründen nicht geplant worden. Der Untergrund sei einfach zu heikel.

Wenn man den Querschnitt der geplanten Kantonsschule betrachte, liege die Technikzentrale ganz oben. Man habe es extra nicht im Keller geplant, damit es nicht zu einer Überschwemmung kommen kann.

Der Präsident dankt für die Voten und bittet um ein gegliedertes weiteres Vorgehen. Ein Thema sei die Fremdnutzung der Kantonsschule, das sei ein kleinerer Aspekt, der das Bildungsdepartement betreffe. Weiter stelle sich die Frage der Technik, denn zurzeit gäbe es ja auch eine Turnhalle, die ein Halbgeschoss unter dem Boden liege. Dann seien die Kosten ein Thema und schliesslich, ob ein umfassendes Parkplatzkonzept ausgearbeitet werden könne. Zum ersten Aspekt solle sich bitte Regierungspräsident Stefan Kölliker äussern.

Regierungspräsident Stefan Kölliker stellt fest, dass aufgrund der Ausführungen des Gemeindepräsidenten die Fremdnutzung der IBZ wesentlich sei. Dabei müsse beachtet werden, dass die Nutzung der Kantonsbauten durch den Kanton selbst im Vordergrund stehen solle. Drittnutzungen dürften bauliche Projekte, wie das vorliegende, nicht stark beeinflussen. Konkret bedeute das für die Kantonsschule Sargans, dass die IBZ abends Parkplätze belege. Man habe da bereits Gespräche geführt und sei in vertraglichen Verhältnissen mit der IBZ. Es stelle sich die Frage, welche Möglichkeiten es gäbe, dass die Parkplätze bei der Kantonsschule nicht mehr genutzt werden würden und ob eine Verlagerung an einen anderen Standort möglich sei.

Christoph Mattle habe beim Rundgang festgestellt, dass es beim Rundgang eine Verwechslung zwischen ISME und IBZ gegeben habe. Dieser Unterschied sei zu klären. Die IBZ sei eine Privatschule und diese nutze die Räume am Abend für Privatzwecke. ISME bedeute interstaatliche Maturitätsschule für Erwachsene. Das sei eine Schule, an welcher der Kanton St. Gallen beteiligt sei gemeinsam mit anderen Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein. Die ISME habe am Abend und am Samstag Schule in den Räumen der Kantonsschule. Grösstenteils würden sie sogar von den Lehrern der Kantonsschule unterrichtet. Es seien Leute aus der Region, die hier Matura nachholten und andere Lehrgänge besuchten. Die müsse man hier beherbergen. Die IBZ sei eine Privatschule und man habe Interesse daran, die Räume auch abends und am Samstag gegen Entgelt zu nutzen. Daraus ergäben sich Mehreinnahmen, aber auch ein Mehraufwand. Wenn der Mehraufwand die Grenze überschreite, sodass man fast wegen der IBZ neue Parkplätze brauchen würde, dann wäre der Bogen überspannt. Der Kanton habe kein Parkplatzproblem an dieser Kantonsschule. Die Schule und die ISME seien seit Jahren hier und das funktioniere gut. Neu komme dazu, dass man im ganzen Kanton die Parkplätze bewirtschaften wolle. Die Lehrerinnen und Lehrer, die hier unterrichteten, müssten also auch Parkplatzgebühren bezahlen.

Die IBZ sei in der Berufsschule tätig, mit ihr könne man einen privaten Vertrag abschliessen und darin könne man alles regeln, auch die Parkplatzfrage. Es sei die Idee, der IBZ klar vorzuschreiben, wo ihre Schülerinnen und Schüler parkieren dürften und wo nicht. Das könne man mit Parkkarten oder etwas Ähnlichem lösen. Es sei die Frage eines rein privatrechtlichen Vertrages mit der IBZ.

Stephan Wurster sagt, man spüre, dass Sargans ein idealer Schulstandort sei, sowohl vom öffentlichen Verkehr, als auch von den Autobahnen her. Die IBZ sei ursprünglich im



Berufsschulzentrum über der Bahnlinie gewesen. Als dort umgebaut worden sei, habe man sich bei der Kantonsschule nach Räumen erkundigt. Diese habe sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Räume zur Verfügung gestellt würden, falls Kapazität vorhanden sei. Die IBZ sei eine Schule im weiterführenden Berufsschulbereich und passe somit eigentlich gut in die Kantonsschule. Die Parkplatzproblematik sei am Anfang klar unterschätzt worden. Man sei beinahe überrollt worden. Nun sei die Situation so, dass immer am Samstagmorgen die Securitas vor Ort sei und die Autos zum Bahnhof verweise. Das Problem sei, dass es Bauleute gäbe, die den Weg vom Bahnhof zu weit fänden und ihr Auto dann beim Manor abstellen würden. Eine vertragliche Lösung mit der IBZ sei denkbar, weiter könne man auf Securitas bestehen, ansonsten seien alle Parkplätze voll und die Nutzer der Sportanlage hätten gar keine Möglichkeit zu parkieren. Den Ausweichverkehr könne man nicht verhindern. Priorität habe sicher die Schule, es sei wichtig, dass mit dem Neubau vorwärtsgearbeitet werden könne, aber die gute Ausnutzung der Schulhäuser sei sinnvoll, auch wenn das ein zusätzlicher Aufwand bedeute.

Der Präsident dankt für die Ausführungen seitens der Bildungsdirektion und ergänzt, dass es auch eine Einnahmequelle für die Kantonsschule sei.

Regierungspräsident Stefan Kölliker erkundigt sich, wie die Nutzung während der Umbauphase geplant sei.

Stephan Wurster erklärt, dass die Nutzung der IBZ die Kantonsschule nur am Rande betreffe. Da die IBZ die Räume vor allem am Wochenende und am Abend benutze. In der Umbauphase werde man vielleicht das eine oder andere Schulzimmer noch nutzen, aber abends sei der Schulbetrieb eingestellt. Man gehe davon aus, dass man am Samstag manchmal die Spezialräume brauchen werde, aber es sei nicht davon auszugehen, dass das Schulhaus am Samstag ausgenutzt sei. Die IBZ könne man auch in Provisorien unterbringen, das sei möglich. Es sei auch möglich, dass die ISME während der Umbauphase in das Berufsschulzentrum verlegt werde.

Der Präsident stellt fest, dass sich die Parkplatzsituation in der Umbauphase noch verschärfen werde.

Dobler-Oberuzwil erkundigt sich, ob während den Stosszeiten der Schule, also abends und am Samstag, überhaupt noch Kapazitäten am Bahnhof gegeben seien oder ob es dort auch Überschneidungen mit den Pendlern gäbe.

Tanner-Sargans antwortet, dass diese Kapazitäten zurzeit vorhanden seien. Auf beiden Seiten der Bahngleise würden die Parkplätze genutzt. Die SBB plane dort aber, dass diese mittelfristig nicht mehr zur Verfügung stünden. Es sei geplant, dass der neu geplante Parkplatz dann besetzt sein werde.

Dobler-Oberuzwil fügt hinzu, dass diese fünf Minuten Fussmarsch vom Bahnhof kein Problem seien. Wenn man in der Stadt St.Gallen ein Bildungsangebot wahrnehme, habe man sicher auch fünf bis zehn Minuten Fussmarsch. Das sei ein Luxusproblem. Eine Tiefgarage nur für die Spitzenzeit von abends zwei bis drei Stunden zu nutzen sei eine wahnsinnige Investition. Vor allem verliere man nur, wenn man im Grundwasser baue. Eine Lösung dort wären auch Pumpen, aber überspitzt gesagt, könne man dann die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach laufen lassen, um das Meteorwasser weg zu pumpen.



Tinner-Wartau fragt nochmals nach, ob man die Parkplätze nicht auf das Dach verlegen könnte.

Werner Binotto erklärt, dass man das nicht geprüft habe. Ad hoc sei aber festzustellen, dass das eine Mehrlast bedeuten würde, die man auf den Gebäuden ablasten müsste. Vor allem gäbe es eine aufwändige Rampe, die irgendwo an einer Fassade entlang führen würde. Das würde den Schulbetrieb noch viel massiver tangieren.

Der Präsident verweist auf das Einkaufszentrum Pizolpark, wo das Problem ohne eine riesige Rampe gelöst worden sei.

Werner Binotto stellt fest, dass es sich um eine grosse Rampe handeln würde.

Regierungsrat Willi Haag bittet die Anwesenden den Plan der Schule zu betrachten. Technisch sei fast alles machbar, man könne auch im Grundwasser bauen, aber es sei zu beachten, dass in der Umgebung der Kantonsschule auch Menschen leben. Wenn man in einem Wohnquartier auf einem Dach einen Parkplatz baue und alle Autos dort hinauf fahren würden, dann würde das massive Einsparungen der Bevölkerung im Auflageverfahren geben. Das würde bedeuten, dass man sehr viel länger nicht bauen könne. Der Sprechende selbst habe einen gewissen Interessenkonflikt: Grundsätzlich vertrete er die Meinung, dass bei öffentlichen Gebäuden, die von der Öffentlichkeit bezahlt seien, sollte man diese möglichst gut nutzen. Im Postulat von 2008 sei das Baudepartement aufgefordert worden, dass bei allen Mietverträgen Einnahmen generiert würden. Das Geld aus den Mieteinnahmen gehöre dem Kanton, der Eigentümer der Kantonsschule sei. Die Optimierung der Gebäude sei Aufgabe des Kantons. Für Personen, die regelmässig an solchen Kursen teilnehmen, sei es zumutbar, sich zu informieren, wo man parkieren könne und dann zehn Minuten zu Fuss zu gehen. Das sei eine Lösung, ohne dass der Kanton oder die Gemeinde Geld einsetzen müssen. Die Parkplätze am Bahnhof solle man nun nutzen und wenn das nicht mehr gehe, müsse man sich nach weiteren Lösungen umschauchen. Man müsse an das Quartier und an die Einwohner denken. Durch die Kantonsschule gäbe es bereits Bewegungen im Quartier und deshalb brauche es eine pragmatische Lösung, dass die Anwohner weiter hier wohnen könnten.

Der Präsident möchte zu seiner Gliederung zurückkommen. Man habe die Ausführungen des Bildungsdepartements gehört und festgestellt, dass die Kantonsschule Priorität habe. Diese Thematik sei damit abgeschlossen. Man müsse nun schauen, an welchen Ort es Parkplätze habe und wie das aufgehe. Man habe auf der einen Seite die Kantonsschule und ihre Vermietungen, auf der anderen Seite den Bahnhof und die Gemeinde. Dann komme man am Ende vielleicht doch auch zu dem Schluss der Gemeinde, dass eine Auslegeordnung zwischen diesen verschiedenen Nutzern brauche. Da seien die Schule, der Kanton und die Gemeinde gefordert. Die Situation sei nicht befriedigend.

Tinner-Wartau erwidert, dass es nicht angehen könne, dass die vorberatende Kommission hier darüber entscheide, ob Parkplätze zur Verfügung gestellt würden. Zuhanden der Materialien sei aber zu erwähnen, dass die Gemeinde Sargans ein solches Konzept erarbeiten könne und der Kanton dann wohlwollend mitarbeiten würde. Als Gemeindepräsident von Sargans würde der Sprechende nur das wissen wollen und dann mit der Arbeit beginnen, statt die Kommission aufzuhalten.



Lemmenmeier-St.Gallen erkundigt sich, wann die Parkplatzbewirtschaftung kommen würde. Im Prinzip müsste das ja jetzt kommen und auch die Lehrer müssten bezahlen. Die Erfahrung aus der Stadt St.Gallen zeige, ab dem Moment, ab welchem man bezahlen müsse, habe es ausreichend Parkplätze.

Werner Binotto antwortet, dass es schon lange den Auftrag gäbe, dass man ein kantonales Mobilitätskonzept erarbeiten müsste. Das liege aber nicht beim Baudepartement. Das Baudepartement habe im Zug des Einsparungspakets festgehalten, dass in der gesamten Zentralverwaltung die Parkplätze bewirtschaftet würden. Das werde voraussichtlich ab dem 1.1.2014 umgesetzt. Alle Mitarbeiter inklusive Magistratspersonen werden Parkgebühren bezahlen müssen. Bei den externen Nutzern sei das aber nicht Aufgabe des Kantons, das liegt bei den Schulen selbst. Die Handhabung sei bisher sehr unterschiedlich. In den Berufsschulzentren gäbe es solche, die eine Bewirtschaftung haben und solche, die keine haben. Meistens sei dies historisch gewachsen. Es obliege aber grundsätzlich nicht dem Kanton, da dieser nur die Infrastruktur zu Verfügung stelle.

Walser-Sargans erklärt, dass die SPG-Delegation diese Frage bereits vom Vorfeld intensiv diskutiert habe und auch der Gemeinde Sargans danken wolle, dass sie diese Thematik einbringe. Es wäre falsch gewesen, diese Thematik nicht zu diskutieren. Es sei wichtig, dass man das ausdiskutiere und die Regierung genug Zeit gehabt habe, um die Fragen zu beantworten. Es sollten Modelle entstehen, die dann als Entscheidungsgrundlage dienen. Es sei sehr gut, dass das so ermöglicht worden sei. Aufgrund der Fakten sei die Situation klar, für die Nutzung der Kantonsschule seien genügend Parkplätze vorhanden, da brauche es nicht mehr. Eine Tief- oder Hochgarage mache keinen Sinn. Wenn man die ganze Situation betrachte, sei eine Fremdnutzung der Kantonsschule sinnvoll und die IBZ sei willkommen, wie auch die EBS und die ISME. Es sollte vertraglich möglich sein, Lösungen zu finden, um das Problem in den Griff zu bekommen. Der Sprechende wohne in Sargans und habe die Situation selbst erlebt. Als die IBZ das erste Mal Unterricht gehabt habe, sei die Pizolstrasse inklusive Trottoir voll gewesen mit Autos. Am vergangenen Samstag sei es besser gewesen, aber es habe immer noch Autos an der Pizolstrasse gehabt. Wenn man die Umgebung betrachte, habe es genug Parkplätze, die für jemanden, der nicht körperlich behindert sei, gut erreichbar seien. Beispielsweise die P+Rail Anlage, die neu beim Parkplatz erstellt worden sei. Die Nutzung dieser Anlage sei vor allem Tag und die Schule sei abends oder am Wochenende. Während die IBZ diese also nutze, habe es sicher in den kommenden Jahren genügend Parkplätze. Man müsse einfach schauen, dass die Teilnehmer der IBZ auch wirklich dort parkieren. Es sei vertraglich zu regeln, dass die Fremdnutzer wirklich die Parkplätze in der Umgebung nutzen würden. Es sei auch das Gespräch mit privaten Parkplatzes Eigentümern zu suchen. Auf der anderen Seite der Autobahn habe es zahlreiche Parkplätze und diese seien auch nicht mehr als 500m entfernt, beispielsweise der TopCC habe dort einen grossen Parkplatz und auch die Grossverteiler. So wäre das Problem lösbar.

Der Präsident dankt für dieses Votum.

Hartmann-Walenstadt findet diese Diskussion wichtig. Es sei kein Aufhalten der vorbereitenden Kommission. Der Tag sei für diese Gespräche reserviert und man könne bis 17.00 Uhr diskutieren. Wie die Regierung in ihrem Brief schreibe, sei es auf der Landreserve, wo auch das Bauernhaus stehe, denkbar, dass dort einmal das BZSL stehe. Diese Schulräumlichkeiten seien im Moment auf zehn Jahre hinaus gemietet, aber zehn Jahre gingen sehr schnell vorbei. Wenn man das BZSL betrachte, kämen doch einige Schüler auch mit



dem Privatauto zur Schule, obwohl der öffentliche Verkehr so nahe sei, dass man mit dem Zug beinahe in das Gebäude hineinfahre. Der Sprechende spreche nun nur für sich, aber falls es möglich sei, eine Lösung mit dem Kanton zu finden und die Gemeinde würde das finanzieren, dann solle man das wirklich genau betrachten.

Der Präsident erklärt, dass es sich dabei um das Grundstück des Bauernhauses handle, wo später allenfalls irgendwann das BZSL gebaut werden könnte. Es werde heute nur die Bauvorlage zur Kantonsschule Sargans behandelt. Es stelle sich nur die Frage, ob man eine Tiefgarage baue oder nicht. Es gehe nun in die Richtung, dass die Gemeinde Sargans sich gemeinsam mit dem Kanton Gedanken mache, wie die Parkplätze genutzt werden sollen. Das Resultat aus diesen Überlegungen könne dann bewirken, dass man auf diesem Areal eine Lösung finde. Man müsse nun einfach beachten, ob es bei der Diskussion einen Zusammenhang mit der Bauvorlage gäbe oder nicht. Deshalb sollte die Diskussion diese Vorlage betreffen. Man könne einen Ausblick auf das BZSL machen, aber es sei ein anderes Thema.

Bühler-Bad-Ragaz stimmt dem zu. Es gehe um eine Vorlage und diese solle diskutiert werden. Die Problematik der Parkplätze sei aufgenommen worden. Es sei nicht die Aufgabe der Kommission, einen geeigneten Standort zu finden. Beat Tinner habe gesagt, man könne der Gemeinde und dem Kanton auf den Weg geben, dass sie gemeinsam ein Parkplatzkonzept ausarbeiten sollten, aber es sei nicht der vorliegenden Bauvorlage verbunden. Es sei auch kein Antrag gestellt worden, über welchen man diskutieren müsste.

Suter-Rapperswil-Jona hat eine Verständnisfrage. Die Kosten der Tiefgarage seien zwischen 1.5 und 3 Millionen Franken. Wie viel würde die Gemeinde von diesen Kosten übernehmen und seien die noch immer in dieser Grössenordnung.

Der Präsident erklärt, dass der Durchschnittspreis pro Parkplatz hochgerechnet worden sei. Man sei noch nicht so detailliert vorgegangen.

Werner Binotto stimmt dem zu, dass keine Berechnung, sondern eine Schätzung gemacht worden sei, aufgrund von dem, was man wisse. Man habe das Thema aber auch noch mit dem Ingenieur angeschaut. So weit ins Detail sei man nicht gegangen, auch die Fluchtwege und die Erschliessung habe man nicht abschliessen geklärt. Gestützt auf den heutigen Stand der Dinge würde man aber bei diesen Kosten bleiben.

Der Präsident dankt allen für ihre Ausführungen und bittet Jörg Tanner um ein abschliessendes Votum.

Tanner-Sargans bemerkt, wenn alle Kantonsschullehrer in Sargans wohnen würden, könnte sich die Gemeinde durchaus vorstellen, das Projekt alleine zu finanzieren. Die Realität sei jedoch eine andere. Es darauf hinzuweisen, dass die Parkplätze P4, P3 und P8 auf den Folien private Parkplätze seien. Man müsse mit den Besitzern über eine allfällige Benutzung diskutieren. Man dürfe natürlich nicht blauäugig sein, die Leute parkieren dort, wo es am nächsten sei. Deshalb sei, wenn man die Kosten und den Aufwand einer Tiefgarage oder eines neuen Projektes betrachte, am einfachsten auf die Abend- und Wochenendnutzungen zu verzichten. Wenn man rechne, was man damit verdiene, stehe dies in keinem Verhältnis zu dem Aufwand der Gemeinde, die die Anwohner besänftigen müsse.



Regierungsrat Willi Haag stellt fest, dass es sich weniger um eine Kostenfrage, als um eine technische und wirtschaftliche Frage handle. Es sei fraglich, ob es sich lohne so viel zu investieren, wenn die Erträge darunter liegen. Deshalb sei eigentlich auch der Betrieb mit all diesen Anlagen unsinnig in einem Wohnquartier. Es sei die Aufgabe der politischen Gemeinde Sargans, wie die aller anderen Gemeinden auch, eine Übersicht zu machen. Welche Varianten es mit den Privaten gäbe und vielleicht auch darüber nachzudenken, dass mit Personen, die in einem bestimmten Rhythmus kommen, eine vertragliche Regelung getroffen werde. Bei den Anderen stelle sich die Frage, ob man diese mit Schildern oder Personen anweisen müsse, wo der nächste Parkplatz sei, also dass man diese auf die Parkplatzmöglichkeiten hinweist und so verteilt. Alles müsse selbstverständlich konsequent bewirtschaftet werden, damit es keine Schlupflöcher gäbe und dass der Kanton erst dann ins Spiel komme, wenn die Grundstücke, des Kantons betroffen seien. Dann könne man schauen, wie man das gemeinsam regeln könne, aber der Kanton sei der Ansicht, dass die Aufgabe primär bei der Gemeinde liege, wobei der Kanton offen sei. Das bedeute im Klartext, dass die Botschaft heute so behandelt werden könne und dass die Parkplatzproblematik unabhängig behandelt werde. Wenn der Gemeindepräsident einverstanden sei, sollten diese zwei Themen nun getrennt werden. Kurzfristig sollten die Probleme mit Verträgen gelöst werden und dass man die ganze Bauphase abwarte, danach stimmten die Einschränkungen ohnehin nicht mehr. Bis dann werde auch das Konzept vorliegen, wie man was machen wolle. Das Ziel sei, die öffentlichen Anlagen möglichst gut zu nutzen, aber auch, dass man nicht wegen den öffentlichen Anlagen zusätzlich investieren müsse für etwas, das nicht sinnvoll sei. Die Federführung müsse und könne nur bei der Gemeinde liegen, weil sie den Überblick über alle Bedürfnisse habe. Der Kanton sei bereit, dort, wo er betroffen sei, auch mitzuspielen.

Der Präsident dankt für dieses Votum. Man höre von beiden Seiten her eine Offenheit, das Problem anzugehen. Das Problem sei tatsächlich gegeben. In der Bekanntschaft des Sprechenden habe es eine Person, die an der IBZ studiere. Diese treffe sich jeweils mit zwei weiteren Personen auf der Raststätte Heidiland, wo zwei Autos abgestellt würden und dann fahre man zu dritt in einem Auto nach Sargans. Es sei fraglich, ob z. B. dreissig Parkplätze mehr, dann wirklich eine Lösung seien und die Lage dann völlig entschärft wäre.

Regierungspräsident Stefan Kölliker ergänzt für das Bildungsdepartement, dass man sich hier wirklich auf die vorliegende Vorlage konzentrieren solle und dieser dann hoffentlich auch zustimme. Der Sprechende nehme es aber auch als Auftrag mit, weil noch lange nicht klar sei, wieso diese IBZ nicht zurück zur Berufsfachschule könne. Es sei klar, dass die Mehreinnahmen bei der Kantonsschule seien, aber trotzdem sollte man intern Gespräche führen. Wenn die IBZ wieder bei der Berufsfachschule wäre, wären genügend Räumlichkeiten vorhanden und dann könne man problemlos beim Bahnhof parkieren. Es sei damit auch ein Auftrag an das Bildungsdepartement, diese Gespräche zu führen.

Der Präsident dankt dem Regierungspräsidenten für seine Teilnahme und wünscht ihm alles Gute und viel Kraft in den nächsten Wochen.

Der Regierungspräsident Stefan Kölliker geht.

2 Künftige Bedürfnisse

2.1 Bauliche Bedürfnisse



Keine Wortmeldung

2.2 Betriebliche Bedürfnisse

Keine Wortmeldung

2.3 Räumliche Bedürfnisse

Keller-Kaltbrunn nimmt vorweg, dass sie das Projekt nicht in Frage stelle. Die Aufstellung der Schreibtische in den Klassenzimmern sei auf Frontalunterricht ausgerichtet. Heute sei es aber üblich die Tische hufeisenförmig anzuordnen. Die Klassenzimmer seien aber zu klein, um für eine ganze Klasse ein Hufeisen zu machen und man müsse immer noch Pulte in die Mitte stellen. Das werde bei diesen Klassenzimmern vermutlich auch nötig sein.

Werner Binotto erklärt, dass die Zimmer neu 70m² gross sein werden. Heute seien sie 60m². Man habe aber auch grössere Möbel. Trotzdem sollte ein einfaches Hufeisen möglich sein, wobei es nicht auszuschliessen sei, dass bei voller Belegung vielleicht trotzdem vier Schüler in die Mitte sitzen müssten.

Keller-Kaltbrunn stellt fest, dass das keine ideale Lösung für Diskussionen sei, aber man müsse Kompromisse eingehen.

Stephan Würsten ergänzt, dass es unterschiedlich grosse Klassen gäbe. Im neuen Schulhaus werde ungefähr die Hälfte der Räume 70m² gross sein und die andere Hälfte zwischen 55 und 60m². Da werde man betrieblich versuchen, so zu optimieren, dass man die grösseren Klassen auch in den grösseren Räumen unterbringe. Das sollte möglich sein.

Werner Binotto fügt hinzu, dass in der Kantonsschule St.Gallen alle Zimmer 55m² gross seien und es keine Reklamationen gäbe. Es sei wichtig, das zu sehen. Die Kantonsschule St.Gallen sei ein gutes Beispiel.

2.4 Resultierender Mehrflächenbedarf

Keine Wortmeldung

2.5 Umsetzungsvarianten

Keine Wortmeldung

3 Bauvorhaben

Keine Wortmeldung

3.1 Wettbewerb 2007

Bühler-Bad-Ragaz stellt fest, dass das Projekt von 2007 überarbeitet worden sei und dann 10 Millionen Franken günstiger geworden sei. Er erkundigt sich nach den Vorgaben



bei diesem Wettbewerb, auf denen ein Bauprojekt von 60 Millionen Franken entstanden sei, das man dann auf 50 Millionen Franken reduzieren konnte.

Werner Binotto erklärt, dass man nun kostenmässig wieder beim Wettbewerb sein. In der Zwischenzeit habe es ein Wachstum gegeben, aber das sei völlig normal. Es gehöre immer dazu, dass ein Bauprojekt optimiert werde und es gehe dabei immer um die Flächen. Das sei bei den Schulhäusern so, aber auch bei den Krankenhäusern. Hier sei man nach sehr intensiven Gesprächen mit der Schulleitung der Meinung gewesen, dass man sich auf dieses Wettbewerbsprojekt stützen wolle. Es stelle jedoch eine massive Vergrößerung des Schulhauses dar.

3.2 Ursprüngliches Bauprojekt 2010

Walser-Sargans stellt fest, dass das Projekt um 10 Millionen Franken abgespeckt worden sei. Als Aussenstehender habe man das Gefühl, das erste Projekt sei einfach überdimensioniert gewesen. Im ersten Projekt wollte man den Nord- und den Ostbau abbrechen. Die grösste Kostenersparnis sei also daraus entstanden, dass man diese Teile nicht neu baue, sondern nur saniere.

Werner Binotto erklärt, dass die grösste Kosteneinsparung die Reduktion der Fläche sei. Der zweite Teil sei, dass man entschieden habe, es mache keinen Sinn, eine Gebäudestruktur zu opfern, namentlich den 90-Jahre Trakt und den jüngeren Teil des 60-Jahre Trakt. Man habe beschlossen, diese zu behalten. Ausschlaggebend sei der Bau von 1992 gewesen, den man nicht habe abreißen wollen.

Walser-Sargans versteht diese Überlegungen. Diese Diskussionen habe es auch bei der neuen Sportanlage gegeben. Aber man müsse in der Konsequenz sehen, dass die Hälfte der Kantonsschule ein Neu- und die andere ein Altbau sei, welcher aufgrund von Sanierungen dann irgendwann wieder Kosten verursachen werde. Man müsse sich dessen bewusst sein, dass in 10 oder 20 Jahren dann wieder ein Projekt komme.

Werner Binotto entgegnet, dass man nicht von 10 Jahren ausgehe, sondern von mindestens 20 Jahren. Nach dem Wunsch des Baudepartements sogar noch länger, wobei man sicher auch Fenster oder andere Teile auswechseln werden müsse. Doch die Primärstruktur solle erhalten bleiben.

Der Präsident stellt fest, dass im Zusammenhang mit dieser Vorlage viel von "abspecken" gesprochen worden sei. Man müsse dabei aber aufpassen, dass nicht der Eindruck aufkomme, es handle sich um ein Flickwerk. Es sei nicht das, was einmal geplant worden sei für 60 Millionen Franken, aber es gäbe ein sehr schönes und zeitgemässes Schulhaus. Darauf müsse man bei der Kommunikation achten. Es sei ein Altbau, der bestehen bleibe und jeder, der im Energiebereich tätig sei, müsse sich überlegen, ob es klüger sei, mit einem kleinen Budget etwas zu sanieren oder eine Photovoltaik-Anlage zu erstellen.

Warzinek-Mels hat eine Verständnisfrage, es stehe unter 3.2, dass das ursprüngliche Bauprojekt gemeinsam mit den Nutzern nochmals redimensioniert worden sei. Wieso hier "nochmals" redimensioniert stehe.

Werner Binotto erklärt, dass die Redimensionierung immer schrittweise erfolge.



Warzinek-Mels findet die Formulierung nicht geglückt.

Werner Binotto ergänzt, dass es darum gehe, gemäss dem Wettbewerbsprojekt, das so ausgeschrieben wurde, zu handeln. Es sei zuerst nach und nach gewachsen und hätte im Nachhinein entsprechend reduziert werden müssen. Heute sei man wieder beim Stand des Wettbewerbs.

Dobler-Oberuzwil möchte noch ergänzen, dass auch das neue Gebäude in 25 Jahren renovierungsbedürftig sein werde. Es gehe da um einen laufenden Prozess. Industriebetriebe könnten auch nicht immer das ganze Areal neu überbauen. Auch dort werde in Etappen saniert. Ein ganzes Areal werde vielleicht nach einem Erdbeben saniert, aber hier sei eine Entwicklung gegeben.

3.3 Reduziertes Bauprojekt 2013

Keine Wortmeldung

Hartmann-Walenstadt erkundigt sich, wie hoch die mittelfristigen Sanierungskosten etwa sein werden.

Werner Binotto erklärt, dass es sehr schwierig sei, eine Zahl zu nennen. Der normale Lebenszyklus eines Gebäudes werde auf 25 Jahre geschätzt. Damit käme man schon bald in die Zeit, in welcher die Gebäude aus den 90-er Jahre zu renovieren wären, aber er Kanton habe diese Finanzen zurzeit nicht. Wenn man aber die Statistik der kantonalen Gebäude betrachte, renovierte man diese im Schnitt nach 40 Jahren. Nach 40 Jahren würden diese umfassend erneuert. Das seien dann so grosse Ausgaben, dass es eine vorberatende Kommission, eine Diskussion im Parlament und manchmal sogar eine Volksabstimmung brauche. Im Rahmen der aktuellen Investitionsplanung seien alle Gebäude erfasst und das seien Kosten von 2.5 Milliarden Franken, die in den nächsten Jahren auf den Kanton zukämen (zusammen mit den geplanten Spitälern). Dann seien aber noch nicht alle Gebäude, die dieses Alter jetzt erreicht haben, mitsaniert. Dafür seien im Moment keine Mittel gegeben. Das Erstellen eines Gebäudes sei eine Sache, aber der Unterhalt die andere. Deshalb gäbe es im Moment auch eine Priorisierung, was gebaut werden und was nicht.

Regierungsrat Willi Haag stellt fest, dass der Kanton Eigentümer von 650 Gebäuden sein. Es gäbe eine Gesamterfassung von allen Gebäuden und daraus sei ersichtlich, wie viel Geld man pro Jahr benötigen würde, um à jours zu bleiben. Es werde baulich/betrieblich renoviert, also die kleinen Dinge, die er Nutzer selbst machen könne oder dann gemäss Bauten/Renovation. Dabei müsse das Parlament festlegen, wie viel Geld zur Verfügung stehe. Grosse Sanierungen von über 3 Millionen Franken würden im Parlament besprochen. Doch sei es im Parlament nie Frage, was für den Gebäudebestand tatsächlich notwendig sei, sondern wieviel es dafür gäbe. Seit Jahren gäbe es für Bauten/Renovation 27 Millionen Franken, doch sei das jedes Jahr zu wenig. Zugleich heisse es, man baue zu teuer und müsse die Kosten reduzieren. Das könne man während einer bis zwei Amtszeiten machen, aber nachher kumuliere sich das irgendwann. Im Hochbau werde dies im Parlament festgelegt. Es gehe nicht um Luxusfragen, sondern einfach darum, die Qualität zu erhalten. Deshalb brauche es auf eine gewisse Menge Gebäude eine gewisse Menge Finanzen. Das sei eine sachliche und keine politische Frage. Es werde versucht, das Dringendste zu machen, damit die bestehenden Gebäude ihrem Zweck



dienen könnten. Jetzt komme also die Kantonsschule Sargans auch in dieses Konzept und es werde dann nach Bedürfnis bestimmt, was nötig sei.

Der Präsident weist darauf hin, dass der Kantonsrat in der Novembersession die Gelegenheit habe, das Budget zu studieren. Unter Bauten/Renovationen seien Beträge bis 3 Millionen Franken, die global bewilligt würden.

3.3.1 a) Osttrakt

Keine Wortmeldung

3.3.1 b) Nordtrakt

Keine Wortmeldung

3.3.1 c) Neubau West

Brändle-Bütschwil erkundigt sich nach dem Neubau. Es sei schon angesprochen worden. Sei bei den nichttragenden Innenwänden etwas geplant, dass diese später einfach entfernt werden könnten.

Werner Binotto erklärt, dass die Fassaden und die Wände entlang der Korridor tragend seien, die anderen seien flexibel mit einigen Ausnahmen, die man für die Erdbebensicherheit benötige. Je mehr Technik in diesen Räumen sei, desto weniger verschiebe man eine Wand. Im Südtrakt habe man praktisch keine Technik mehr, dort lasse sich das relativ einfach machen. Hingegen sei es in den Spezialtrakten, wo die Mensa sei, eher schwierig.

Brändle-Bütschwil fragt nach, ob eine allfällige Erweiterung, wie eine Aufstockung möglich wäre. Sei ein Anbau nur vor bestehenden Fenstern möglich?

Werner Binotto erklärt, dass dafür die Baulandreserve zwischen der Turnhalle und der Schule geplant sei.

Brändle-Bütschwil stellt fest, dass es sich damit um ein selbstständiges Gebäude handeln würde.

Werner Binotto stimmt dem zu.

Walser-Sargans spricht die Aula an und ob es möglich sei, dass die Vereine in der Region die Aula für Anlässe nutzen würden.

Werner Binotto erklärt, dass es baulich vorgesehen sei, dass eine Fremdnutzung möglich sei. Der Schulbereich könne mit einer Tür gut abgesperrt werden. Baulich gäbe es keine Probleme.

Stephan Wurster ergänzt, dass die Schule bemüht sei, das Schulhaus offen zu halten und auch zu nutzen. Das gelte auch für die Vereine. Die Frage sei eher, ob überhaupt Kapazität gegeben sei, denn die Schule nutze die Aula bereits sehr intensiv



Walser-Sargans fragt nach, ob ein Ortsverein auch eine Festwirtschaft betreiben dürfe. Das sei nötig, da diese sonst nicht verdienen würden.

Stephan Wurster erklärt, dass die Mensa verpachtet sei und deshalb dürfe niemand in die Küche, aber es fänden sich sicher Lösungen, dass man selber etwas mache und mitbringe.

Walser-Sargans fasst zusammen, dass es theoretisch möglich sei, dass ein Verein einen Anlass in der Aula mache und eine Festwirtschaft betreibe.

Christoph Mattle ergänzt, dass seit dem Jahr 2006 eine Weisung über die Benutzung von Räumen der staatlichen Mittelschulen durch Dritte gelte. Darin seien auch Preise festgelegt und man sei grundsätzlich offen, dass man alles benutzen könne. Die Preise seien sehr tief, aber dazu komme der Abwart und das Putzen. Die Benutzer seien dann immer überrascht, dass diese Kosten ein Mehrfaches der Miete seien. Dort sei der Kanton nicht bereit, diese Kosten für Dritte zu tragen.

Walser-Sargans erklärt, dass er auch Schule gebe. Architekten hätten den Hang Schulhäuser, wie Wohnhäuser, gegen Süden auszurichten. Der Effekt davon sei, dass man im Herbst, Winter und Frühling praktisch immer die Storen runterlassen müsse, weil die Schüler geblendet seien. Im Sommer sei es ein wenig besser, da der Sonnenstand höher sei. Dafür sei es dann heiss. Schulzimmer gegen Westen seien eigentlich ideal, aber Schulhäuser würden immer gegen Süden gebaut, so auch das Vorliegende. Alle Schulzimmer seien nach Süden gerichtet und die Mensa Richtung Westen. Das lasse sich sicher nicht mehr ändern, aber grundsätzliche müsse man das beachten. Immerhin habe man hier Bäume, die dann hoffentlich auch bereits gross genug eingesetzt würden.

Werner Binotto stimmt dem zu. Es sei aus der Tradition so entstanden. Früher sei die Sonne im Winter genutzt worden, damit es in den Räumen wärmer wurde. Das heutige Problem sei vielmehr die Überhitzung in den Monaten August, September. Es gelte aber auch für die grossen Räume wie die Mensa oder Aula, denn dort seien viele Leute drin und die Lage wäre umso verschärfter. In Salez habe man nun zum ersten Mal ein Schulhaus, in welchem alle Klassenzimmer gegen Norden gerichtet seien und die weniger intensiv genutzten Räume gegen Süden. Es brauche Zeit, bis das traditionelle Denken überwunden sei. Andererseits solle man die Sonne als Phänomen nicht ganz ausblenden. Und Bäume werde man sicher in einer bestimmten Grösse pflanzen und auch solche, die schnell wachsen.

Thomas Bürkle ergänzt, dass die Schulverwalterverordnung, die heute nicht mehr in Kraft sei, habe sogar verlangt, dass Schulzimmer gegen Süden oder Südosten gebaut würden. Nach Minergie werde man energetisch gestraft, wenn man ein Schulzimmer gegen Norden baue.

3.3.1 d) Neubau Süd

Keine Wortmeldung

3.3.2 Architektonisches Konzept

Keine Wortmeldung



3.3.3 Statisches Konzept

Keine Wortmeldung

3.3.4 Brandschutz

Dobler-Oberuzwil erkundigt sich nach dem Brandschutzkonzept. Dieses sei nach dem Standardkonzept ausgelegt. Abweichungen hätten bewirkt, dass man Brandschutzmelder habe planen müssen. Das seien beide sehr unterhaltsintensive Anlagen. Ob keine baulichen Massnahmen möglich gewesen seien oder ob diese wahnsinnig teuer gewesen wären.

Thomas Bürkle erklärt, dass man im bestehenden Gebäude offene Treppen habe. Da müsste man massiv eingreifen und wenn man hier eine neue Gestaltung machen würde, wäre das sehr kostenintensiv. Im Rahmen der Aula wollte man offen geführten Treppenhäuser und keine Brandschutztreppenhäuser. Das habe bewirkt, dass man diese Massnahmen ergreifen müsse. Dieser Auftritt sei wichtig für das ganze Projekt.

3.3.5 Umgebungsgestaltung

Tanner-Sargans habe in der Botschaft nichts dazu gelesen, wie der Übergang zu den Velo- und Motorradständern gemacht werden soll. Ob man das angedacht habe?

Werner Binotto bejaht das.

Der Präsident erkundigt sich, ob von der Mensa keine Geruchs-Emissionen zu erwarten seien und ob es viel Verkehr gäbe.

Werner Binotto hält fest, dass es keine grossen Emissionen geben sollte, wobei bewusst von "sollte" gesprochen werde. Man habe gerade die Erfahrung gemacht, dass es in den ersten Jahren, bis alles eingespielt ablaufe, Emissionen geben könne, sollte es aber nicht. Die Anlieferung sei im Bereich vom heutigen Parkplatz und man der Ansicht, dass das eine gute Position sei. Es sollte dort nicht zu einer Mehrbelastung führen.

3.3.6 Behindertengerechtes Bauen

Keine Wortmeldung

3.4 Energie und Ökologie / Haustechnik

3.4.1 Energie und Ökologie

Dobler-Oberuzwil hält fest, dass Photovoltaik-Anlagen in den vergangenen Jahren bereits wieder ein wenig in Verruf gekommen seien. Wenn man die Geschichte in Deutschland oder die Energiestrategie des Bundes betrachte, merke man eher wieder eine gewisse Zurückhaltung. Ob dies einfach das ökologische Feigenblatt sei?

Der Präsident schlägt vor, die Fragen in diesem Bereich zu sammeln und gibt das Wort an Joe Walser.



Walser-Sargans scherzt, dass man der SP eigentlich die Arbeit wegnehme, denn sonst hätten immer sie die Anträge auf Photovoltaik-Anlagen stellen müssen. Wenn man das nun betrachte, sei alles erfüllt und das sei erfreulich. In den letzten Jahren sei viel passiert. Auch der Anschluss an das Fernwärmenetz Mels sei sehr erfreulich sowie auch der Ausbaustandard des Neubaus. Das gäbe es nichts zu sagen. Nun bleibe die Frage, wie man auf die Grösse der Photovoltaik-Anlage komme, momentan sei man bei 80 kWp.

Der Präsident ergänzt, dass noch die Frage der SVP gewesen sei, ob man auch darüber nachgedacht habe, ob ein Energieproduzent die Photovoltaik-Anlage finanzieren könne. Weiter sei die Frage, ob es einen Plan B gäbe, falls die Zusammenarbeit mit dem Wärmeverbund Mels nicht klappen würde.

Tanner-Sargans weist nochmals auf seine Frage hin, ob im alten Teil Leerrohre für eine Erweiterung vorhanden seien.

Bühler-Bad-Ragaz möchte noch wissen, ob der Verband in Mels schon bestehe und wie dieser zu werten sei.

Tinner-Wartau erkundigt sich, was eine Kilowattstunde kosten werde.

Thomas Bürkle erklärt, dass die Grösse der Photovoltaik-Anlage von Sargans ungefähr jener von Heerbrugg entspreche, sie sei ein wenig grösser. Man habe dort gesehen, dass die Anlage an sich auch autark betrieben werden könnte, also auch von einem externen Unternehmer. Man habe diese Grösse gewählt, weil ursprünglich eine Grundwasserwärmepumpe für dieses Gebäude geplant gewesen sei und man hätte die Photovoltaik-Anlage als Ergänzung dazu benötigt. Der Wärmeverbund Mels sei auf den Kanton gekommen und habe angefragt, ob sich dieser nicht mitmachen wolle. Das sei eine gute und sinnvolle Lösung. Gebaut sei diese Anlage noch nicht, man habe aber im Zusammenhang mit der RSA bereits gewisse Zustimmungen erteilt und würde sehr gerne an dieser Anlage anhängen.

Werner Binotto ergänzt, dass das Hochbauamt kritisch sei gegenüber der Tatsache, dass man bei zentralen Versorgungsbereichen fremdabhängig werde. Das sei nicht im Interesse des Kantons. Umgekehrt müsse man beachten, dass zurzeit diverse politische Postulate hängig seien, wie etwa der Atomausstieg. Dann sehe man, dass dies die wirklich nachhaltigen Lösungen seien, wenn man in einem Verbund mitmachen könne und zwar mit Hybridtechnik. Das trage zu einer Effizienz bei. Daneben müsse man je nach Fall beispielsweise mit Solarenergie noch Warmwasser aufbereiten können oder mit einer Photovoltaik-Anlage ergänzend Strom erzeugen. Es gehe beim heutigen Stand der Technik darum, die ideale Mischung zu finden. In Salez habe man eine autarke Lösung gefunden, aber auch dort sei ein Verbund im Gespräch. Im Fall von Mels sei es so, dass man nach Marktpreis kaufen werde. Ansonsten habe man kein Interesse daran und der Kanton wolle auch keine Vorinvestitionen machen. Würde der Kanton Vorinvestitionen machen, würde auch Genossenschafter oder Betreiber sein wollen. Die Skepsis gegenüber der Photovoltaik teile der Kanton, weil es ein hochsubventionierter Markt sei. Technisch sei es absolut möglich einen fremden Investor zu haben, der das betreibe. Man sei auch nicht a priori dagegen. Wenn der Markt nicht mehr subventioniert werde, dann seien diese Reaktoren unter Umständen auch nicht mehr lebensfähig. Diese Situation habe man in Deutschland. Weiter wisse man aus den Anlagen, die der Kanton schon länger betreibe, namentlich in Wattwil, dass die Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren nur schwerlich erreicht



werden könne. In Wattwil habe man nur noch 30% Leistung nach knapp 20 Jahren. Dort sei man also auch skeptisch und wolle das nicht forcieren, sondern auch technisch bessere Möglichkeiten abwarten. Der letzte Punkt sei, dass man sich bewusst sei, dass man darauf achten müsse, welches Produkt man kaufe. Denn es sei aufgefallen, dass teilweise die Entsorgungskosten dieser chinesischen Anlagen erheblich viel teurer seien als bei anderen Produkten. Die Entsorgung sei ein grosses Problem. Aber im Moment sei entscheidend, wie man zu einer günstigen breit abgestützten Lösung komme in der Region. Man gehe davon aus, dass sich immer mehr Unternehmen diesen Verbänden anschliessen werden, wenn das Bewusstsein dafür wachse.

Regierungsrat Willi Haag ergänzt, dass in der Energiestrategie des Bundes die Energiewende vorgesehen sei. Der Bund habe das so beschlossen und der Kanton St.Gallen teile diese Meinung. Es gäbe drei Varianten: Energie sparen, Effizienz steigern und erneuerbare Energien fördern. Dieser Weg werde eingeschlagen mit verschiedenen Projekten und Anstrengungen. Deutschland sei da viel radikaler, aber die wendeten auch viel radikaler wieder. Sie hätten so stark Gas gegeben, dass der ganze Strommarkt zusammengebrochen sei und damit komme der Strom fast gratis aus Deutschland. Die Folge davon sei langfristig, dass die Axpo und in Folge dessen auch die SAK etc. alle die Preise gesenkt haben. Wie solle man also Geld investieren, um zu produzieren, wenn der Strom ohnehin schon zu teuer sei, um ihn zu verkaufen. Wirtschaftlich gesehen wäre es am Sinnvollsten, aufzuhören. Man müsse, statt die Strompreise zu senken, die Differenz nutzen, um die Wende zu fördern. Der Kanton habe eine Vorbildfunktion und es gehe nicht nur darum, was das koste. Wenn die grossen öffentlichen Betriebe bereit seien, an einen Verbund anzuschliessen, dann könne dieses System überhaupt erst beginnen. Bei der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach gehe es um eine Investition. Wenn dies nun ein Unternehmen finanziere, dann spare der Kanton kurzfristig 10% der totalen Kosten, habe nachher aber einen fremden Eigentümer auf dem Dach, von dem man abhängig sei. Das schränke massiv ein und führe zu mehr Kosten. Ein Fremder habe nur ein Interesse an einer solchen Investition, wenn er auch Gewinn damit machen könne. Dann lohne sich eine Photovoltaik-Anlage nicht mehr wirklich. Man solle sich hier nicht von kleinen Lockvögeln verführen lassen. Technisch sei es also möglich, aber die Begeisterung sich von Privaten abhängig zu machen, sei sehr klein.

Der Präsident dankt für diese Ergänzungen und erkundigt sich nach einem Plan B. Mit dem Grundwasser zu arbeiten, käme wohl kaum in Frage aufgrund der Wasserqualität.

Werner Binotto antwortet, dass ein Plan B zu mehr Investitionen führen würde und das sei nicht vorgesehen. Die Wärmepumpe sei geprüft worden, aber das überzeuge aufgrund des hohen Stromverbrauchs nicht. Um das Gesamtkonzept bei zu behalten, wäre es am Sinnvollsten auf ein anderes Holzsystem zurück zu greifen, wie eine Holzschneitzheizung. Man habe als Plan B die Wärmepumpe ebenfalls immer berücksichtigt. Zu dem Wärmeverbund sei noch zu sagen, dass der Kanton schon in mehreren Verbände gewesen sei und am Ende immer als einziger Nutzer verblieben sei. Man müsse aber auch beachten, dass der Kanton immer grosse Anlagen habe. Mit der Kantonsschule und der RSA sei die Chance gegeben, dass die Anlage in Mels gebaut werden könne.

Der Präsident teilt diese Meinung und weist darauf hin, dass Mels wegen der kurzen Distanz auch gut gelegen sei.



Tanner-Sargans ergänzt, dass er selbst im Verwaltungsrat dieses Fernwärmenetzes sei und man zurzeit Investitionen prüfe und die Gemeinde Sargans plane auch die anderen Schulhäuser anzuschliessen. Es brauche eine gewisse Kapazität. Wenn man die Anschlüsse in Richtung Sargans betrachte, könnte man eigentlich mit dem Bau beginnen, aber die Anschlüsse in Richtung Mels seien sehr teuer.

Bei den Preisen richte man sich nach dem Marktwert und man gehe von einem Preis von 11.80 Rappen / kWh aus.

Spoerlé-Ebnat-Kappel erkundigt sich nach dem Potenzial des Grundwassers.

Der Präsident erklärt, dass es zu wenig Grundwasser habe und auch die Wasserqualität zu schlecht sei.

Werner Binotto ergänzt, dass die Problematik des Grundwassers für das Bauen die Unstetigkeit sei.

Walser-Sargans erklärt, dass er zuversichtlich sei, dass das Holzkraftwerk der Gemeinde Mels realisierbar sei. Falls das wirklich nicht ginge, sei gleich auf der anderen Seite der Kantonsschule eine Holzschnitzelanlage in Betrieb. Sie produziere 75 kWh. Es gäbe dann sicher die Lösung, dass man bei einer Holzschnitzelanlage bleibe.

Dobler-Oberuzwil weist darauf hin, dass man die Erfahrung gemacht habe, dass je grösser eine Anlage sei, desto teurer werde es. Es sei sinnvoller, kleine und mittlere Anlagen zu bauen. Ausgedehnte Fernwärmenetze seien sehr teuer. Bei der Photovoltaik-Anlage sei der Meinung des Regierungsrates zu folgen und die Anlage sei selber zu bauen. Dann könne man die Energie auch selber brauchen.

3.4.2 Heizung, Lüftung, Klima, Kälte und Sanitär (HLKKS)

Warzinek-Mels seien zwei Dinge aufgefallen. Es sei störend, dass es in den WC-Anlagen nur Kaltwasseranschlüsse habe. Im Altbau habe es Kalt- und Warmwasseranschlüsse. Der Sprechende habe sich beim Institut für Hygiene am Kantonsspital informiert und es sei tatsächlich so, dass das Kaltwasser zum Händewaschen ausreiche. Es gäbe auch Daten, die besagen Wasser mit einer Temperatur von 35 bis 40 Grad sei wegen der Fettlöslichkeit besser, aber es gehe auch mit kaltem Wasser. Allerdings brauche es eine Waschdauer von mindestens 30 Sekunden. In einer Schule, wo viele Menschen aufeinander seien, sei nur Kaltwasser problematisch. Es wäre spannend zu wissen, mit welchen Mehrkosten die Warmwasseranschlüsse verbunden wären.

Werner Binotto erklärt, es sei normal und dass es Standard sei, wenn man nur Kaltwasseranschlüsse habe seit 15 Jahren. Der Energieverbrauch für die Warmwasseraufbereitung sei sehr hoch. Die Erstellung sei nicht viel teurer, dafür der Betrieb. Deshalb mache das der Kanton SG seit den 80-er Jahren nicht mehr. Es sei gar kein Thema mehr.

Der Präsident erklärt noch, dass das Wasser in den Leitungen auch immer wieder erkalte und sei fraglich, ob man immer die Geduld habe zu warten, bis das warme Wasser komme.

Walser-Sargans fügt hinzu, das Oberstufenzentrum Sargans sei in den 70-er Jahre gebaut worden und verfüge nur über Kaltwasseranschlüsse, das sei überhaupt kein Problem.



Werner Binotto stellt fest, diese Diskussion komme wieder auf wegen der Pandemie-Geschichten in den vergangenen Jahren. Das sei auch diskutiert worden, aber man sei zur Überzeugung gekommen, dass man das Risiko im Hinblick auf die grossen Betriebskosten eingehe.

Warzinek-Mels weist darauf hin, dass dieser Meinung gefolgt werden könne. Das Kaltwasser reiche wirklich aus bei einer Waschzeit von 30 Sekunden.

Regierungsrat Willi Haag ergänzt, bei den Schülern müsse man froh sein, wenn sie überhaupt die Hände waschen würden.

Warzinek-Mels kommt auf seinen zweiten Punkt zurück, dass die Arbeitsräume des Sprechenden auch nach Süden ausgerichtet seien und es im Sommer sehr heiss werde. Ohne Klimaanlage seien diese nicht zu betreiben. Die Schulzimmer seien grösstenteils auch nach Süden ausgerichtet und es sei fraglich, ob man im Sommer dort wirklich arbeiten könne und ob die Beschattung der Bäume ausreiche.

Werner Binotto erklärt, dass in neuen Räumen eine effiziente Nachtabkühlung stattfinde. Alte Gebäude hätten oben an der Türe immer ein Kippfenster, damit die Luft zirkulieren könne. Diese Kippen seien heute wegen dem Brandschutz verschlossen. In Sargans plane man eine doppelschalige Wand, die Lüftungsschlitze habe, die man von Hand bedienen könne und dazu Fenster, die man ganz öffnen könne, damit der Raum durchflutet werde mit Luft. Namentlich solle so die Nachtabkühlung erreicht werden. Es seien bauliche Massnahmen zu treffen, damit der Nutzer diese handhaben könne. Der Kanton liefere die baulichen Grundlagen, damit der Nutzer das Gebäude so führen könne, dass angenehme Bedingungen für den Schulbetrieb geschaffen würden. Bedienen müsse der Nutzer das Gebäude selbst. Klimaanlagen würden einen Quantensprung an Mehrkosten bedeuten in Bezug auf den Energieverbrauch. Das Baudepartement wehre sich gegen solche Massnahmen.

Im Neubau sei pro Jahr von 100 Stunden auszugehen, in welchen es über 26 Grad und damit zu warm sein werde. Das sei ein Mittelwert. Zu dieser Überhitzung käme es in der Regel im August und September. Der Juni werde ebenfalls immer wärmer. Man müsse akzeptieren, dass in diesen Gebäuden eine gewisse Sättigung von Wärme gegeben sei. Man orientiere sich beim Neubau an Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert. Dort habe man auch solche Gebäude gebaut, aber gemäss den heutigen Standards handle es sich eigentlich um Prototypen, weil das Klima heute eigentlich mit Technik bewältigt werde. Der Kanton St.Gallen müsse neue Wege gehen, weil er sich nicht so teure Gebäude leisten könne. Es gäbe keinen anderen Weg als die Technik zu reduzieren.

Dobler-Oberuzwil erkundigt sich nach der Heizungsregulierung. Es seien Radiatoren mit Heizungsthermostaten vorgesehen. Der Mensch sei der Regler und man verlasse sich darauf. Bei der Beleuchtung sei das nun auch so, es gäbe keine tagesabhängige Steuerung mehr, sondern nur noch ein Ein- und Ausschalten.

Werner Binotto stellt klar, dass man sicher Erfahrungen machen werde, die schlechter seien, als man heute davon ausgehe. Die Beleuchtung sei ein gutes Beispiel dafür, dass man auch reagieren und das nachträglich automatisieren könne. Weiter müssten die Nutzer lernen, das Gebäude richtig zu nutzen, also zum Beispiel gegen Norden die Fenster zu öffnen beim Lüften statt gegen Süden.



Brändle-Bütschwil fragt nach, ob es Lamellenstoren geben werde als Sonnenschutz.

Werner Binotto bejaht das. Sie seien handbetrieben.

Der Präsident hofft, dass diese geplanten Prototypen zu funktionieren kommen. Der Ausdruck "Prototyp" sei immer ein wenig negativ behaftet.

3.4.3 Elektrokonzept

Keine Wortmeldung

3.4.4 Gebäudeautomatisierung / Mess-, Steuer-, Regel- und Leitsystemtechnik (MSRL)

Keine Wortmeldung

3.5 Provisorien während der Bauausführung

Der Präsident stellt fest, in dieser Woche habe man in der Finanzkommission gesehen, dass bereits im Voranschlag in der Position Bauten und Renovationen ein Betrag von CHF 780'000 für Provisorien eingeplant sei.

Regierungsrat Willi Haag erklärt, dass bereits im Voraus Verträge abzuschliessen sind, damit die Provisorien in Heerbrugg nicht abtransportiert würden und man dann neue organisieren müsse. Damit könne man nicht zuwarten, aber die Regierung wage es nicht, Geld auszugeben, ohne dass das Parlament zugestimmt habe. Das sei ein rein praktischer Ablauf, den man nichts anders machen könne. Deshalb ist das so beantragt.

Thomas Bürkle ergänzt, dass in der vorliegenden Botschaft die Kosten aufgeführt seien, die man für zusätzliche Provisorien benötige.

Walser-Sargans stellt fest, dass für die Provisorien ein Budget von CHF 600'000 für zehn Klassenzimmer eingeplant sei. Der Kanton habe gerade die BZSL umgebaut und ob man dort abgeklärt habe, ob es dort allenfalls Räume gäbe, die man nutzen könnte.

Thomas Bürkle erklärt, dass man für den Betrag von CHF 600'000 noch keine Provisorien bestellt habe. Wenn es günstigere Lösungen gebe, nehme man die gerne wahr. In Heerbrugg habe man einfach festgestellt, dass es am einfachsten sei, wenn man die Provisorien zentral an einem Ort habe. Aber die andere Lösung werde sicher abgeklärt.

Werner Binotto stimmt dem zu. Man müsse aber beachten, dass es in bestehenden Räumen meist noch ergänzende Massnahmen brauche und das würde dann auch aus diesem Betrag finanziert werden. So sei es auch mit Mieten, die anfallen würden.

Stephan Wurster ergänzt, dass man mit der Gemeinde und dem BZSL im Gespräch sei. Das Problem sei, dass man nicht diverse Standorte mit je zwei Schulzimmern haben könne.



3.6 Sarganserländer Dokumentationsstelle

Stadler-Lütisburg stellt fest, es sei wichtig, dass man diese Stelle hier habe, doch wer die Kosten dafür trage.

Bühler-Bad-Ragaz schliesst sich dieser Frage an.

Lemmenmeier-St.Gallen möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv sei.

Werner Binotto erklärt, man habe bei der Redimensionierung darauf verzichten wollen, aber es gäbe auch Zusagen, weshalb den Raum im Plan belassen habe.

Der Präsident ergänzt, dass in diesem Raum auch das Archiv des historischen Vereins der Region mit wichtigen historischen Dokumenten eingelagert werden soll. Dieses sei nicht dem Staatsarchiv angegliedert. Heute sei kein anderer Raum in der Umgebung gegeben, wo die Luftfeuchtigkeit, die Hochwassersicherheit und der Brandschutz stimmen würden. Man wolle diese Dokumente in der Nähe der Bibliothek der Kantonsschule angliedern gemeinsam mit der Mediathek, damit das Material auch für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehe und so auch Synergien bringen würde. Es sei ein regionales Anliegen.

Bühler-Bad-Ragaz erkundigt sich, wer die Kosten dafür trage.

Werner Binotto weiss nicht, ob der Verein dafür Miete bezahle.

Stadler-Lütisburg weist darauf hin, dass das geklärt werden müsse.

Regierungsrat Willi Haag stellt fest, dass das im Protokoll angemerkt werde.

(Anmerkung der Protokollführerin und Antwort des Hochbauamtes: Aufgrund einer schriftlichen Anfrage im Mai 2006 bzw. März 2007 durch die Initiativgruppe "Sarganserländer Dokumentationsstelle" hat der Vorsteher des Baudepartementes entschieden, den entsprechenden Raumbedarf im Projektwettbewerb von 2007 zu berücksichtigen. Die Modalitäten zur Finanzierung und zum Betrieb wurden noch nicht näher besprochen. Angedacht war seinerzeit die Finanzierung durch regionale Beiträge und eventuell durch einen Beitrag aus dem kantonalen Lotteriefond sicherzustellen.)

4. Baukosten und Kreditbedarf

Bühler-Bad-Ragaz stellt fest, dass die Kosten für die Umgebung relativ hoch seien. Es müsse natürlich auch viel gemacht werden, ob das zusammenhänge.

Werner Binotto stimmt dem zu. Die Kosten seien sehr hoch, weil es sich um eine grosse Fläche handle.

4.1. Kostenberechnung nach BKP – Kostenvoranschlag

Keine Wortmeldung

4.2 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen



Keine Wortmeldung

4.3 Parameter und Kennzahlen

Keine Wortmeldung

4.4 Bauteuerung

Der Präsident erkundigt sich, wie man auf den frühesten Baubeginn im Jahr 2016 komme, wenn die Abstimmung 2014 sei.

Werner Binotto erklärt, dass es eine sehr gute Vorbereitung brauche, wenn man einigermassen günstig bauen wolle. Diese Planung sei noch nicht gemacht und die Erfahrungen der letzten Jahre zeige, dass es teilweise zu kurze Phasen zwischen der Volksabstimmung und der Planung gegeben habe. Das Schreckensszenario sei bei der Fachhochschule gewesen, als der Ingenieur drei Tage Vorsprung auf die Baustelle gehabt habe. Das sei inakzeptabel. Diese Phase sei entscheidend, auch damit der Kanton vernünftig und gut vergeben könne.

4.5 Finanzierung und Kreditbedarf

Keine Wortmeldung

5. Betriebs- und Instandsetzungskosten

Bühler-Bad-Ragaz erkundigt sich, was unter "Honorare und Instandsetzungskosten" gemeint sei.

Thomas Bürkle erklärt, bei den Instandsetzungskosten handle es sich um kalkulatorische Kosten, die nicht effektiv anfallen. In diesem Fachbegriff seien eigentlich keine Honorare und Nebenkosten enthalten, aber man habe es dazu gerechnet, damit man zu einem tatsächlichen Wert komme.

Werner Binotto ergänzt, dass man "Honorare" im Prinzip auch streichen könnte, aber man wolle diese Beträge auch aufzeigen. Das sei der Betrag, den das Gebäude nachher pro Jahr koste. Das soll transparent gemacht werden. Es soll bewusst werden, dass diese Gebäude auch Geld kosten, wenn sie erstellt sind.

6. Finanzreferendum

Keine Wortmeldung

7. Antrag

Keine Wortmeldung.

Kantonsratsbeschluss vom 2. Juli 2013

Der Präsident erkundigt sich, ob es Punkte gäbe, die zu bemängeln seien.



Der Präsident stellt fest, dass das nicht der Fall sei.

6 Rückkommen

Tanner-Sargans hält in Bezug auf die Parkplätze abschliessen fest, dass die Federführung bei der Gemeinde Sargans in Zusammenarbeit mit dem Kanton liege. Man solle in der Zwischenzeit keine weiteren Verträge abschliessen, die die Parkplatzsituation verschärfen.

Der Präsident stimmt dem zu, damit sich die Parkplatzsituation nicht durch weitere Nutzungen verschärfe, bevor man eine gemeinsame Lösung gefunden habe.

Stephan Würsten weist darauf hin, dass es bereits heute verschiedene zusätzliche Nutzer gibt, die ISME, die EBS, die IBS. Es sei klar, dass man in Zukunft weniger Nutzer haben könne, aber es dürfe nicht grundsätzlich festgelegt werden, dass es keine zusätzliche Nutzung mehr gäbe. Es müsse hier einen Vorbehalt geben. Einen gewissen Spielraum müsse es geben.

Der Präsident verweist auf die ausführliche Diskussion und fasst zusammen: Die Gemeinde Sargans sei in der Pflicht ein Konzept zu erarbeiten, der Kanton steure das bei, was er könne und in der Zwischenzeit würden keine neue Nutzer mit zusätzlichem Parkplatzbedarf zugelassen. Es sei davon auszugehen, dass das Konzept nicht erst in drei Jahren erstellt werde, sondern spätestens bei der Auflage des Projekts.

Regierungsrat Willi Haag stimmt zu, dass das so gemacht werde und wenn man jetzt Verträge abschliesse, müsse man einen Plan beilegen, wo man parkieren könne.

7 Schlussabstimmung

Der Präsident lässt über den Kantonsratsbeschluss über Teilabbruch und Erweiterung der Kantonsschule Sargans abstimmen.

Die Kommission stimmt dem Kantonsratsbeschluss mit 15 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

8 Varia

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Präsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

Der Präsident ist der Meinung, dass eine Pressemitteilung auch in Anbetracht der Vorgesichte sinnvoll ist. Die Kommission stimmt diskussionslos kopfnickend zu.



Regierungsrat Willi Haag erklärt sich bereit, dass das Baudepartement die Federführung für die Pressemitteilung übernimmt.

Der Präsident bedankt sich bei den Anwesenden und schliesst die Sitzung um 13.30 Uhr.

Mels und St.Gallen, 15. November 2013

Der Präsident der vorberatenden
Kommission:

Der Protokollführerin:

David Imper

Katharina Schenk

Beilagen

- Präsentation Regierungspräsident Stefan Kölliker
- Präsentation Regierungsrat Willi Haag
- Präsentation Werner Binotto

Geht an

- Mitglieder der vorberatenden Kommission (KR Versandadresse)
- Bildungsdepartement, Stefan Kölliker, Regierungspräsident
- Baudepartement, Willi Haag, Regierungsrat
- Baudepartement, Werner Binotto, Kantonsbaumeister
- Baudepartement, Thomas Bürkle, Leiter Projektmanagement Baubereich 1
- Bildungsdepartement, Esther Friedli, Generalsekretärin
- Bildungsdepartement, Christoph Mattle, Leiter Amt für Mittelschulen
- Baudepartement St. Gallen
- Staatskanzlei (2)
- Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten (5)